

Stadtparlament

Wortprotokoll

16. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 27. Juni 2017, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Schmid Luzi, CVP/EVP

Anwesend Stadtparlament: 28 Mitglieder

Entschuldigt: Oezcelebi Atakan, SP-Gewerkschaften-Juso
Stadler Cyril, FDP/XMV

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP
Brühwiler Konrad, SVP
Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
Hug Patrick, CVP
Züllig Hans Ulrich, FDP

Protokoll: Holenstein Nadja, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 16/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der EBK
- 16/2. Wahl Büromitglied
Ersatzwahl Monika Strauss, SVP
- 16/3. Jahresbericht und Jahresrechnung 2016
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 16/4. Botschaft Verkauf einer Teilfläche der Parzelle Nr. 3477 an die Hotel Seegarten AG, Seestrasse 66, Arbon
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 16/5. Motion „Attraktiver ÖV“, R. Erat, SP-Gewerkschaften-Juso
Beantwortung, Beratung, Beschlussfassung
- 16/6. Interpellation „Job-Coach für erwerbslose junge Arboner“, U. Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso
Beantwortung
- 16/7. Interpellation „Das neue Kommunikationskonzept endlich kommunizieren und umsetzen“, D. Diezi, R. Buff, beide CVP/EVP
Beantwortung

- 16/8. Fragerunde
- 16/9. Informationen aus dem Stadtrat
- 16/10. Verabschiedung
Roman Buff, CVP/EVP

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Zur 16. Parlamentssitzung der laufenden Legislatur 2015/2019 begrüsse ich Sie alle rechtherzlich. Die Parlamentssitzung ist eröffnet. Speziell begrüssen darf ich heute die beiden Neuen im Parlament, Frau Dr. Marlies Näf Hofmann, CVP/EVP und Herrn Pascal Ackermann, SVP. Willkommen und beiden wünsche ich viel Freude am Arboner Parlamentsgeschehen mit den ihm eigenen politischen Herausforderungen. Neben den gewohnten treuen, immer anwesenden Medienberichterstattern – allerdings fehlt die Thurgauer Zeitung – begleitet heute seit Längerem wieder einmal das Fernsehen, genauer TVO, die Parlamentssitzung. Die grosse politische Bekanntheit von Marlies Näf Hofmann, aber noch mehr ihr unermüdliches Engagement in der Gesundheits- und Generationenpolitik bringt es mit sich, dass TVO sie speziell ins Teleobjektiv nehmen will, um über ihren Einsatz in unserem Arboner Stadtparlament einen Fernsehbericht zu drehen. Gut gewählt TVO, jetzt muss es nur noch echt und spannend „dahercho“.

Ich war Ende Mai als Parlamentspräsident zum Sportevent Behindertensport Weltklasse am See hier in Arbon eingeladen. Eindrücklich, was da für Leistungen geboten worden sind, eindrücklich, was das Arboner OK vorweg mit Nick Sigg einmal mehr organisiert und durchgeführt hat. In den letzten zwölf Jahren wurden hier in Arbon vor allem von den Rollstuhlfahrern Welt- und Europarekorde erbracht. Weltklasse am See verleitet mich zu einem Wortspiel. Wir sind hier im Seeparksaal noch direkter an diesem See. Erledigen wir unsere heutigen Geschäfte sachlich wie fachlich ebenfalls mit Weltklasse hier am See, hier im Saal.

Der zweite Anlass war erst gerade letzten Freitag, das Behördentreffen mit den deutschen Langenargen. Immer wieder aufschlussreich dieser politische und gesellschaftliche Erfahrungsaustausch. Wie hat der Bürgermeister von Langenargen bei seiner Dankesrede für die Einladung so trefflich unter anderem ausgeführt? Für ihn sei es selbstverständlich, mit Bürgern und Unternehmungen immer wieder ins Gespräch zu kommen, ihre Anliegen ernsthaft anzuhören und klar und deutlich zu kommunizieren. Haben wir da nicht noch ein Traktandum heute Abend dazu?

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Atakan Oezcelebi und Cyril Stadler.
Es erfolgt der Namensaufruf durch Parlamentssekretärin Nadja Holenstein.

Es sind 28 Mitglieder anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben. Das absolute Mehr beträgt 15.

Traktandenliste

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es dazu Wortmeldungen? Die vorliegende Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

Auch wenn wir allenfalls noch nicht alle Traktanden abgehandelt haben werden, werde ich die Sitzung um 22.15 Uhr beenden.

1. Mitteilungen

Versand:

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 13. April 2017

- Jahresbericht und Jahresrechnung 2016

Mit Versand vom 30. Mai 2017

- Bericht der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission zum Jahresbericht und zur Jahresrechnung 2016
- Stadträtliche Beantwortung der Motion „Attraktiver ÖV“ von Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso
- Beantwortung der Interpellation „Job-Coaching für erwerbslose junge Arboner“ von Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso
- Beantwortung der Interpellation „Das neue Kommunikationskonzept endlich kommunizieren und umsetzen“, CVP/EVP-Fraktion
- Beantwortung der einfachen Anfrage „Abstimmungsunterlagen in einem Couvert versenden“ von Carmelo Campailla, SP-Gewerkschaften-Juso
- Sitzordnung ab 1. Juli 2017

Mit Versand vom 6. Juni 2017 ist der Kommissionsbericht zur Botschaft „Verkauf einer Teilfläche der Parzelle Nr. 3477 an die Hotel Seegarten AG, Seestrasse 66, Arbon“ versandt worden.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

- Das Protokoll der 15. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und im Internet aufgeschaltet.
- An der heutigen Sitzung ist ein parlamentarischer Vorstoss eingereicht worden: Interpellation „Beihilfe zum Suizid, Stopp den menschenunwürdigen Praktiken von Exit“ von Marlies Näf Hofmann und von mir Luzi Schmid, beide CVP/EVP. Diese Interpellation geht in Zirkulation zur Mitunterzeichnung.
- Zur Beantwortung der einfachen Anfrage „Abstimmungsunterlagen in einem Couvert versenden“ von Carmelo Campailla, SP-Gewerkschaften-Juso wurden die Unterlagen mit dem Versand zur heutigen Sitzung allen zugestellt. Eine Diskussion findet nicht statt. Die einfache Anfrage gilt somit als erledigt.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission:

Gemäss Artikel 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über die behandelten Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Dominik Diezi, CVP, Präsident EBK: An der letzten EBK-Sitzung vom 7. Februar 2017 hat die Einbürgerungskommission folgende Personen in das Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen.

- Lopez Tenias Luis Fernando, 1973, spanischer Staatsangehöriger
- Redjepi Emine, 1991, mazedonische Staatsangehörige
Veseli Eda, 2016, mazedonische Staatsangehörige
- Ismaili Sadri, 1967, mazedonischer Staatsangehöriger
- Krasniqi Ardiana, 2000, kosovarische Staatsangehörige
- Veseljovic Naser, 1966, serbischer Staatsangehöriger
Veseljovic Melek, 1994, türkische Staatsangehörige
Veseljovic Dilek, 1996, türkische Staatsangehörige
Veseljovic Musa, 2000, türkischer Staatsangehöriger

Im Moment liegen insgesamt 36 Gesuche von 70 Personen vor, die sich im Vorprüfungsverfahren oder im eidgenössischen Bewilligungsverfahren befinden, davon sind sieben Gesuche zurückgestellt.

2. Wahl Büromitglied

Ersatzwahl Monika Strauss, SVP

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Monika Strauss, SVP ist per Ende Mai aus dem Stadtparlament und damit auch aus dem Büro ausgetreten. Die SVP schlägt uns als Büromitglied und Stimmenzähler Rudolf Daepf vor. Die Voraussetzungen für eine offene Wahl sind gegeben, wenn nicht aus unseren Reihen ein Antrag auf geheime Wahl vorgebracht wird.

Abstimmung

Rudolf Daepf wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Büromitglied und Stimmenzähler gewählt.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Rudolf Daepf, ich heisse dich willkommen im Büro und jetzt natürlich hier auf dem Podium.

3. Jahresbericht und Jahresrechnung 2016

Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Der Stadtrat hat am 3. April 2017 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2016 zuhanden des Stadtparlaments verabschiedet. Der Stadtrat stellt darin folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2016 sei zu genehmigen.
2. Die Jahresrechnung 2016 bestehend aus der Bestandesrechnung und der Verwaltungsrechnung, also laufende Rechnung und Investitionsrechnung sei zu genehmigen.
3. Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung 2016 von CHF 2'809'330.91 sei dem Eigenkapital zu belasten.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission empfiehlt Ihnen einstimmig, die Anträge des Stadtrats vom 3. April 2017 zu genehmigen.

Eintreten ist obligatorisch.

Lukas Graf, FGK-Präsident: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon hat den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2016 geprüft und einen Bericht zuhanden des Parlaments erstellt. Dieser Bericht wurde Ihnen mit dem Versand vom 30. Mai 2017 zugestellt. In der Annahme, dass er auch gelesen wurde, beschränke ich mich nun auf die wichtigsten Punkte. Auch in diesem Jahr erschien der Jahresbericht in einfachem, aber zweckmässigem Layout, was wir auch begrüssen. Eine aufwendigere Aufmachung wäre mit zusätzlichen externen Kosten verbunden und diese möchten wir alle vermeiden.

Positiv zu erwähnen sind die zusätzlichen Angaben zum Personalwesen und zu den Steuerstrukturdaten, die beide auf Wunsch der FGK in den Bericht aufgenommen wurden. Weniger erfreulich ist das Resultat der laufenden Rechnung. Das Defizit von CHF 2,8 Mio. ist CHF 1,2 Mio. höher als budgetiert und damit ein neuer Negativrekord. Dieses Ergebnis lässt sich in keiner Weise schönreden. Dennoch lohnt sich ein genauer Blick auf die Ursachen. Zum ersten Mal seit Langem sind es nämlich nicht in erster Linie die steigenden Sozialhilfekosten, sondern die Steuereinnahmen, die für das schlechte Abschneiden verantwortlich sind. Die Mindereinnahmen bei den Steuern betragen CHF 1,2 Mio., also gleich viel wie die Differenz zum Budget. Zum hohen Defizit haben jedoch auch die Pflegekosten im Bereich Gesundheit, verschiedene Mindererträge im Bereich Kultur und Freizeit sowie auch nicht realisierte, jedoch budgetierte ausserordentliche Erträge beigetragen. Und ja, auch beim Bereich Soziale Wohlfahrt liegt der Aufwand rund CHF 150'000 über Budget, jedoch bei der Sozialhilfe unter Vorjahr. Auf der anderen Seite schliessen die Bereiche Verwaltung, Öffentliche Sicherheit, Verkehr, Umwelt und Raumordnung und Volkswirtschaft insgesamt um CHF 750'000 besser ab als budgetiert. Insbesondere im Bereich Allgemeine Verwaltung sinken die Nettoaufwände schon seit mehreren Jahren stetig, was allerdings auch mit der verstärkten internen Verrechnung der Werkhofaufwände zu tun hat. Dennoch ist positiv zu erwähnen, dass Sparpotenziale dort, wo sie noch vorhanden sind, auch genutzt werden. Gleichzeitig zeigen die rückläufigen Steuereinnahmen, dass dies wenig nützt, wenn sich Faktoren verändern, auf die wir nur einen indirekten Einfluss haben. Die Steuereinnahmen liegen auf allen Ebenen unter Budget, bei den natürlichen Personen, bei den juristischen Personen, bei den Liegenschafts- und Grundstücksgewinnsteuern sowie auch bei der Feuerwehrersatzabgabe. Die FGK hat in der Vergangenheit wiederholt Zweifel an der äusserst optimistischen Entwicklung von Steuereinnahmen und Sozialhilfekosten im Finanzplan 2017-2019 geäusser. Die aktuelle Entwicklung bestätigt diese Bedenken leider.

Ursprünglich betrug das Defizit im vom Stadtrat präsentierten Budget CHF 1,85 Mio. Die FGK hat sich dann gegen die Halbierung der Abschreibung ausgesprochen und damit das Budgetdefizit deutlich erhöht. Zusammen mit zahlreichen weiteren Änderungen betrug das Defizit im ersten Budget 2016 nach Beratung der FGK CHF 2,9 Mio. Nach der parlamentarischen Beratung, in deren Verlauf der Stadtrat zusätzliche Einnahmen beim Finanzausgleich für besondere Belastungen in Aussicht stellte, lag das Budgetdefizit noch bei CHF 2,4 Mio. Dieser Voranschlag wurde dann aber an der Urne abgelehnt, worauf das Budget durch verschiedene weitere Massnahmen nochmals um CHF 830'000 aufgebessert werden konnte. Dass die Rechnung mit einem Defizit von CHF 2,8 Mio. abschliesst, also ziemlich genau auf dem Level nach der FGK-Beratung des ersten Budgets, zeigt einmal mehr, wie sehr wir von externen Faktoren abhängig sind. Mit fehlendem Sparwillen hat dies nichts zu tun, denn die Aufwandkürzungen und Ertragssteigerungen, die vom Parlament vorgenommen wurden, konnten fast alle auch umgesetzt werden.

Das Investitionsvolumen betrug im Rechnungsjahr knapp CHF 5 Mio. und damit rund 80 % der budgetierten Investitionen von CHF 6,1 Mio. Die grössten Investitionen kamen beim Bereich Kanalisation, bei der Altlastenbeseitigung und beim Schloss zustande. Mehr investiert als geplant wurde beim Bereich Verkehr, wo insbesondere im Saurer WerkZwei bereits Arbeiten ausgeführt werden konnten, die ursprünglich erst für das Jahr 2017 geplant waren.

Wie jedes Jahr durfte ich im März als FGK-Vertreter an der Schlussbesprechung der Rechnungsprüfungskommission teilnehmen. Die RPK empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen und hebt auch in diesem Jahr die kompetente Führung des Finanz- und Rechnungswesens sowie die reibungslose Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung positiv hervor. Die RPK wertet das Ergebnis nicht, weist aber auf den Bilanzfehlbetrag von CHF 573'357 nach Anrechnung der Neubewertungsreserve der Arbon Energie hin. Gegen das vom Kanton bestätigte Vorgehen im kommenden Jahr, den Bilanzfehlbetrag nicht abzuschreiben, hat die RPK keine Einwände. Mit der Umstellung auf HRM2 wird das Eigenkapital wesentlich verändert und das Finanzvermögen neu bewertet. Der Bilanzfehlbetrag muss allerdings separat ausgewiesen werden und kann erst nach fünfjähriger Sperrfrist mit der Neubewertungsreserve verrechnet werden.

Im Namen der FGK danke ich dem Stadtrat und der Finanzverwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit und Mischa Vonlanthen für seine tatkräftige Unterstützung.

Die FGK hat sich auch im vergangenen Jahr personell verändert. Nach dem Austritt von Uta Reutlinger wurde Carmelo Campailla in die Kommission gewählt. Ich möchte all meinen Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit danken.

Die FGK empfiehlt Ihnen einstimmig, den Anträgen des Stadtrats zuzustimmen und den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2016 zu genehmigen sowie den Aufwandüberschuss von CHF 2'809'330.91 dem Eigenkapital zu belasten. Ich werde in der Detailberatung noch auf zwei Punkte eingehen.

Stadtrat Patrick Hug, CVP: Aufgrund des schlechten Rechnungsergebnisses 2016 möchte ich Ihnen mit einer PowerPoint-Präsentation einige ergänzende Angaben vermitteln und Zusammenhänge aufzeigen. Bei jeder Folie ziehe ich jeweils auch ein Fazit.

Folie 2 (Jahresergebnisse)

Hier sehen Sie die Entwicklung der Jahresergebnisse in den letzten 10 Jahren. Nach Jahren mit erfreulichen Überschüssen bescherte die Finanzkrise dem Stadthaushalt im Jahr 2009 ein hohes Defizit, das sich in den folgenden drei Jahren überraschend schnell wieder in kleine Überschüsse verwandelte. Stark steigende Sozialhilfelaisten und Gesundheitskosten sowie stagnierende und sogar rückläufige Steuereinnahmen führten aber ab 2013 zu steigenden Fehlbeträgen. Das durchschnittliche Defizit betrug in den letzten zehn Jahren gut CHF 500'000.

Fazit: Mit einem ersten Schritt des Regierungsrats beim Lastenausgleich bei der Sozialhilfe und der neuen Abschreibungspraxis nach Nutzungsdauer wird die Rechnung 2017 um rund CHF 2 Mio. entlastet werden. Die Fortsetzung der Massnahme aus der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung und die Begrenzung des Pendlerabzugs sollen den städtischen Haushalt zusätzlich entlasten und zu besseren Rechnungsergebnissen führen.

FOLIE 3 (Budgetabweichungen)

Diese Folie zeigt die wesentlichen Abweichungen zwischen Budget und Rechnung 2016. Die grösste Differenz resultiert bei den Steuereinnahmen, dies hat auch FGK-Präsident Lukas Graf eingangs erwähnt. Und ich möchte hier ausdrücklich festhalten, hier habe ich die Ein-

nahmen aufgrund des zu erwartenden Einwohnerzuwachses als zu optimistisch eingestuft. Und insbesondere den Einbruch bei den juristischen Personen habe ich in diesem Ausmass nicht erwartet, resultierte doch bei den Steuern aus Vorjahren gar ein Minussaldo. Wohl pendelten sich die Ausgaben bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe auf hohem Niveau ein, die soziale Wohlfahrt als Ganzes und die stark steigenden Gesundheitskosten belasteten die Rechnung aber zusätzlich. Per 31. Mai 2017 liegt der Nettoaufwand bei der Sozialhilfe um rund CHF 100'000 über dem Vorjahr. Dies die aktuelle Entwicklung, wobei, dies möchte ich festhalten, die Jahre 2016 und 2017 nur bedingt miteinander vergleichbar sind, weil die Aufwendungen für das Dock neu direkt in der Sozialhilfe verbucht werden. Und für eine abschliessende Beurteilung der Entwicklung ist es heute noch zu früh. Ein etwas verzerrtes Bild auf dieser Folie ergibt der Bereich Kultur und Freizeit, weil hier erstmals auch die internen Verrechnungen für die Kübeltouren enthalten sind.

Fazit: Da auch der Kanton die Budgetzahlen bei den Steuereinnahmen nicht erreicht hat und die zu erwartenden Erträge für die nächsten Jahre nach unten korrigieren wird, werden wir die Steuereinnahmen in unserem Finanzplan ebenfalls kritisch überprüfen und neu beurteilen.

FOLIE 4 (Steuerkraft)

Hier sehen Sie die Entwicklung der Steuerkraft der Stadt Arbon im Vergleich zum Kanton. Nach einem Einbruch durch die Finanzkrise näherte sich die Arboner Steuerkraft kontinuierlich dem kantonalen Durchschnitt an, bis die Schere im Rechnungsjahr 2014 wieder auseinanderging. Einen aufschlussreichen Überblick erhalten Sie im Jahresbericht auf der Seite 22, wo die Strukturdaten der natürlichen Personen in der Steuerperiode 2016, aufgeschlüsselt auf die verschiedenen Einkommens- und Vermögenskategorien, deutlich ersichtlich sind. Auch hier eine Angabe zur aktuellen Entwicklung. Per 31. Mai 2017 liegt die Hochrechnung bei den Steuereinnahmen um rund CHF 400'000 unter dem aus heutiger Sicht doch ambitionierten Budget, wobei die Erträge bei den juristischen Personen über dem Vorjahr liegen. Für ein abgerundetes Bild ist es aber noch zu früh.

Fazit: Der Einwohnerzuwachs ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben und damit auch der Zuzug neuer Steuerzahler. Immerhin erhält die Stadt Arbon aufgrund der gesunkenen Steuerkraft im Jahr 2018 einen um CHF 400'000 höheren Ressourcenausgleich vom Kanton.

FOLIE 5 (Sozialhilfe)

Diese Folie spricht Bände und zeigt, wie ungerecht die Soziallasten im Kanton verteilt sind. Die Folie zeigt den Höchst- und Tiefstwert je Bezirk in Franken und Einwohner auf. Arbon trägt eine sehr hohe Last zugunsten der kleineren Nachbargemeinden. Diesbezüglich ist ein horizontaler Lastenausgleich und damit verbunden eine gerechtere Verteilung der Soziallasten dringend nötig.

Fazit: Der Stadtrat ist in Gesprächen mit dem Regierungsrat und Oberthurgauer Kantonsräte sind mit verschiedenen parlamentarischen Vorstössen in dieser Richtung aktiv.

FOLIE 6 (Darlehen)

Diese Folie zeigt die Entwicklung der Darlehen beziehungsweise der Verschuldung. Der Stadtrat konnte die Verschuldung in der Periode 2000 bis 2008 praktisch halbieren, bevor diese ab 2013 aufgrund der jährlichen Fehlbeträge wieder stark anstieg.

Fazit: Mit einer Beschränkung der Investitionen auf das Wesentliche und wieder besseren Rechnungsergebnissen aufgrund der bei Folie 2 geschilderten Faktoren soll die Verschuldung eingedämmt und wieder sukzessive reduziert werden.

FOLIE 7 (Zinssätze)

Auf dieser Folie sehen Sie die Zinssätze unserer Darlehen, angefangen mit der grössten Tranche, wofür wir keinen Zins zahlen, sondern sogar noch eine Zinsaufzahlung erhalten. Fazit: Die durchschnittliche Zinslast beträgt lediglich 0,58 % und ist als sehr tief zu bezeichnen. Es ist unbestrittenemassen sehr günstig, heute zu investieren.

FOLIE 8 (Eigenkapital)

Diese Folie zeigt die Entwicklung des Eigenkapitals. Parallel zu den schlechten Jahresergebnissen nahm dieses ab 2013 kontinuierlich ab und mündet Ende 2016 in einen Bilanzfehlbetrag von gut CHF 500'000.

Fazit: Mit geringeren Investitionen und besseren Jahresergebnissen, wie bereits bei Folie 6 erwähnt, soll das Eigenkapital wieder gestärkt werden.

FOLIE 9 (Neubewertungsreserve)

Aufgrund der neuen Rechnungslegung HRM2 entsteht eine Neubewertungsreserve von voraussichtlich rund CHF 8 Mio. Den Bilanzanpassungsbericht wird der Stadtrat zusammen mit der Jahresrechnung 2017 verabschieden und der FGK zur Kenntnis bringen.

Fazit: Lukas Graf hat es bereits erwähnt, der Kanton hat entschieden, dass der Bilanzfehlbetrag der Stadt Arbon aufgrund der hohen Vermögenswerte nicht abgeschrieben werden muss, was die Rechnung 2018 entlasten wird.

FOLIE 10 (Investitionen)

Auf dieser Folie sehen sie die Entwicklung der Nettoinvestitionen in den vergangenen vier Jahren, im laufenden Jahr 2017, im Budget 2018 und in den Finanzplanjahren 2019 bis 2021. Wie bereits erwähnt, will sich der Stadtrat auf die absolut nötigen Investitionen beschränken, was auch in der um CHF 1,8 Mio. reduzierten Hochrechnung 2017 zum Ausdruck kommt. Auch das vom Stadtrat in einer ersten Lesung verabschiedete Investitionsbudget 2018 zeigt einen wesentlich geringeren Betrag als in den Vorjahren, obwohl hier der Nachtragskredit von CHF 760'000 für die solidarische Beteiligung an den Mehrkosten bei der neuen Sporthalle enthalten ist.

Fazit: Investitionen, die sich auf das absolut Notwendige beschränken, sollen zu besseren Rechnungsergebnissen beitragen.

Ich komme zum Schluss. Wie ich Ihnen bereits bei der Beantwortung der Motion „Sanierungskonzept für die Finanzen der Stadt Arbon“ im März dieses Jahres mitgeteilt habe, werden wir unseren Schwerpunkt in Zukunft verstärkt auf den Finanzplan legen. Diesen haben wir im Zahlenteil bereits im Rahmen des Budgets 2017 ausgebaut. Nun wollen wir das Ganze im Sinne einer rollenden Planung mit ausführlichen Erklärungen und Einschätzungen des Stadtrats ergänzen. Ziel ist es, Ihnen mit dem Budget 2018 einen noch aussagekräftigeren Finanzplan vorlegen zu können. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Über die Bewertung der Rechnung 2016 müssen wir leider nicht lange lamentieren. Der Abschluss ist sehr schlecht, absolut wie auch relativ zu den Abschlüssen praktisch aller anderen Thurgauer Gemeinden. Rekorddefizit von CHF 2,8 Mio., Eigenkapital aufgezehrt, Bilanzfehlbetrag von gut CHF 0,5 Mio. Verschuldung auf dem höchsten Stand von 20 Jahren, Selbstfinanzierungsanteil mit 2,2 % kaum mehr vorhanden, rückläufige Steuerkraft und rückläufige Steuereinnahmen, steigende Ausgaben. Es fällt auf

den ersten Blick schwer, Positives im Abschluss 2016 auszumachen. Immerhin auf den zweiten Blick entdeckt man doch Positives, so erstens die Sozialhilfeausgaben, Kostentreiber Nr. 1 der letzten Jahre und grösstes Arboner Sorgenkind haben sich zumindest auf hohem Niveau stabilisiert. Zweitens: In den meisten Bereichen liegen die Ausgaben unter Budget, was von einem insgesamt guten Kostenbewusstsein der Verwaltung zeugt. Besorgnisregende Ausnahme ist insbesondere der Bereich Gesundheit, wo die Ausgaben aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und wegen des auch in diesem Bereich fehlenden kantonalen Lastenausgleichs exponentiell wachsen. Drittens: Im laufenden Jahr 2017 werden sich der rund verdoppelte kantonale Lastenausgleich, die günstigeren Abschreibungssätze und der eingeschränkte Pendlerabzug positiv auf die Stadtkasse auswirken.

Nun, die Rechnung ist eigentlich Geschichte. Uns interessiert mehr die Perspektive. Und angesichts des desolaten Abschlusses 2016 wird nun das laufende Jahr 2017 für die Arboner Finanzen gewissermassen zum Schicksalsjahr. Wie wird der Abschluss 2017 effektiv ausfallen? Mit der budgetierten roten Null? Diesbezüglich bestehen noch einige Unsicherheitsfaktoren. Werden die Sozialhilfeausgaben stabil bleiben? Werden sich die Steuern der juristischen Personen wieder erholen? Wie wird sich die Beschränkung des Pendlerabzugs effektiv für die Stadtkasse auswirken? Und werden die Ausgaben im Gesundheitsbereich weiterhin derart stark wachsen? Das Ergebnis 2017 wird auf alle Fälle für das weitere Vorgehen entscheidend sein. Denn eines ist klar: Bei einem aktuellen Bilanzfehlbetrag sollten 2017 die Einnahmen und die Ausgaben unbedingt wieder im Lot sein, wie dies das Budget 2017 auch mehr oder weniger vorsieht. Gelingt dies, so können wir uns mit weiteren Anstrengungen an den Schuldenabbau machen, der nur gelingt, wenn der Selbstfinanzierungsgrad wieder über 100 % liegt, wovon wir aktuell noch sehr weit entfernt sind. Gelingt der Turnaround hingegen auch 2017 nicht, dann wird das Schreckensszenario Steuererhöhungen unweigerlich aufs Tapet kommen. Damit diesbezüglich Klarheit herrscht: Wir wollen keine Steuererhöhung. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns allerdings noch sehr anstrengen. Daher erwarten wir vom Stadtrat, dass er den Sanierungspfad konsequent und vor allem auch transparent fortsetzt bzw. intensiviert. Für uns stehen dabei insbesondere die folgenden Punkte im Vordergrund:

- Wir brauchen dringend eine Wirtschaftsförderung bzw. ein Standortmarketing, das diesen Namen verdient. Wir wollen nicht zur Wohnstadt mit sinkenden Steuererträgen bei den juristischen Personen werden. Wir werden in der Detailberatung auf diesen Punkt zurückkommen.
- Wir brauchen nicht einfach mehr Einwohner, sondern Einwohner, die aufgrund ihres Einkommens zu einer höheren durchschnittlichen Steuerkraft beitragen. Auf dieses Ziel muss sich die stadtärtliche Politik konsequent fokussieren.
- Weiter erwarten wir die Bereitschaft, den Stellenetat der Verwaltung endlich konsequent auf die Notwendigkeit hin zu überprüfen, insbesondere auch im Quervergleich mit den anderen Oberthurgauer Städten.
- Weiter erwarten wir bei den sozialen Diensten die Bereitschaft, mögliche Verbesserungsmöglichkeiten zumindest zu prüfen. Bei Nettoausgaben von gut CHF 5 Mio. sollte die Bereitschaft, andernorts erprobte und bewährte Instrumente zur Kostensenkung wenigstens zu evaluieren, selbstverständlich sein. Wir werden bei der Interpellation zum Job-Coach darauf zurückkommen.
- Dann geht es um die Einführung der Abfallgrundgebühr. Es ist rätselhaft, warum die diesbezügliche Arbeiten derart schleppend vorangehen, geht es doch immerhin um einen Betrag in der Größenordnung von CHF 200'000.

- Dann verlangen wir die konsequente Einführung von Einheimischentarifen bzw. höheren Eintritten für Auswärtige. Auch darauf werden wir in der Detailberatung noch zurückkommen.
- Dann sind weiter die Sponsoringsmöglichkeiten, insbesondere bei den gemeindeeigenen Bädern konsequent auszuschöpfen.
- Weiter erwarten wir eine Ergebnisverbesserung beim Strandbad, insbesondere durch die Einführung bewirtschafteter Parkplätze. Es kann doch nicht sein, dass die Arboener nun praktisch überall bezahlen, aber die vornehmlich Auswärtigen beim Strandbad ihren Beitrag zur Sanierung der Arboener Finanzen nicht leisten.
- Und schliesslich ist die Höhe der Investitionen der Stadt an die finanziellen Möglichkeiten der Stadt anzupassen.

Noch ein Wort zum kantonalen Lastenausgleich: Arbon darf und muss auf eine faire Verteilung der Lasten in den Sozial- und Gesundheitsbereichen in diesem Kanton pochen. Ich werde mich diesbezüglich persönlich mit weiteren anderen Oberthurgauer Kantonsräten entsprechend engagieren. Aber wir dürfen uns da einfach nichts vormachen. Dieser Weg wird steinig sein. Wo wenige Grossen die Zeche bezahlen, gibt es auch viele Kleine, die profitieren. Und auch diese haben ihre Vertreter im Grossen Rat, der kein Gericht, sondern ein Parlament mit vielen Vertretern auch der Profiteure des heutigen Systems ist. Einen einklagbaren Anspruch auf mehr Fairness gibt es leider nicht. Aktuell warte ich gespannt darauf, wie der Regierungsrat die einschlägige Interpellation zum kantonalen Lastenausgleich beantworten wird, die ich gemeinsam mit Martin Salvisberg, dem Amriswiler Stadtpräsidenten eingebracht habe. Diese Antwort und die mögliche Diskussion im Grossen Rat wird zentral sein, um das angezeigte weitere Vorgehen bestimmen zu können. Wie gesagt, Wunder sind keine zu erwarten und wir sind deshalb gut beraten, unsere eigenen Anstrengungen vor Ort zu intensivieren und nicht nur auf höhere Gerechtigkeit zu hoffen.

Ich komme zum Schluss. Die CVP/EVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten. Bereits an dieser Stelle kann ich ankündigen, dass wir auch den stadträtlichen Anträgen zustimmen werden. Damit sagen wir nicht ja zum Rekorddefizit, sondern nur, oder immerhin ja, zu einer technisch einwandfrei erstellten Rechnung 2016, wofür wir uns bei den Zuständigen auch herzlich bedanken wollen und ihnen für ihren grossen Einsatz danken möchten. Wer etwas zur Sanierung der Arboener Finanzen beitragen will, sollte sich mit konkreten Sanierungsvorschlägen hervortun: Die Ablehnung der Rechnung meint den Esel und schlägt den Sack. Bei allem Verständnis für die emotionale Aufwallung angesichts des deprimierenden Abschlusses 2016, wer mit einer abgelehnten Rechnung ein Zeichen setzen will, generiert nur weitere Kosten, ohne das schlechte Ergebnis auch nur um einen Franken zu verbessern.

Max Gimmel, FDP/XMV: Namens der FDP/XMV-Fraktion danke ich dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht und die Jahresrechnung, die doch zusammen im Informationsgehalt zu den umfassendsten Berichten in unserem Kanton zählen. Der Dank geht insbesondere auch an Mischa Vonlanthen und sein Team. Aber auch der ausführlichste Informationsgehalt vermag die Zahlen nicht zu verbessern, hilft aber in jedem Fall in der Interpretation. So denn ein Fazit: Die Stadt wächst nicht über Massen, wie immer vermutet wird, ebenso wenig rasant wächst das Steuersubstrat in Arbon und dieses mag sich mit den zahlreichen kleineren Wohnungen nicht – oder optimistischer noch nicht wesentlich und schnell verändern. Es wird sich mit Sicherheit verbessern, es gibt aber keine stark ansteigende Kurve. Dazu fehlt der notwendige erstklassige Baugrund, der entweder blockiert oder nicht vorhanden ist. Ob juristische oder natürliche Personen - das Steueraufkommen in Arbon ist wesentlich zu schwach und birgt keinerlei Reserven. Kleinste Veränderungen spüren wir. Bei den juristischen Per-

sonen muss man sich aber bewusst sein, dass dort die Schwankungen immer wieder gross sein können. Ich meine aber, dass bei der Budgetierung der Situation der Euro-SFR-Kurs zu wenig in Betracht gezogen worden ist. Während im ersten Jahr der Frankenaufwertung noch nicht alle Firmen gleich stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind, ist nun das Jahr 2016 in der Realität gelandet. Das wird sich nach all den Prognosen, die wir heute hören, wohl wieder etwas bessern. Hier ist aber trotzdem Vorsicht geboten, denn nach wie vor ist für die Schweizer Unternehmen der Druck von aussen sehr gross. Unsere grossen Unternehmen am Ort sind hauptsächlich in Stachen und Frasnacht angesiedelt, dort sind auch die Rückgänge weniger stark. Diese sind auf dem Ortsteil Arbon mit den zahlreichen mittleren und kleineren Betrieben stärker ausgefallen. Bei der Budgetierung ist also auch hier weiterhin Vorsicht geboten. Was hingegen schön brav weiter wächst und uns zunehmend den Schnauft nimmt, sind die gebundenen Kosten, die wir einfach brav zahlen, aber nicht beeinflussen können. Darunter sind nicht bloss die Sozialhilfekosten, sondern auch die Prämienverbilligungen. Prämienverbilligung erhält, wer wenig Steuern zahlt. Rund die Hälfte der Steuerpflichtigen von Arbon zahlt etwa 15 % der einfachen Steuern. Diese Steuereinnahmen werden durch die Kosten der Prämienverbilligung wieder vernichtet. Wenn man als Einfamilienhausbesitzer in den Genuss der Prämienverbilligung kommt, weil man in einem Jahr eine grössere Renovation tätigt, ist das wohl der falsche Ansatz, Not zu lindern. Sie soll dort ansetzen, wo wirklich geholfen werden muss. Die Prämienverbilligung wäre meiner Ansicht nach auch ein Thema für den Kantonsrat, etwas zu unternehmen. Als besondere Einnahmen sind ein zusätzlicher Beitrag der Arbon Energie von CHF 350'000 zu erwähnen. Hier kommen wir bald einmal in den Bereich der verdeckten Steuern, sodass wenn der Gewinn aus Wasser und Energie zu hoch ist, vielleicht auch einmal die Gebühren dafür gesenkt werden könnten. Es sollte deshalb nicht zur Gewohnheit werden, solche Zuschüsse zu holen. Wenn wir heute sagen müssen, dass die Jahresrechnung vor allem wegen der fehlenden Steuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr schlechter ist, dann sind wenigstens die Aufwendungen, die wir beeinflussen können, nicht massgeblich schuld an der Misere. Und trotzdem: Die Rechnung ist Vergangenheit, sie muss nur noch dazu dienen, dem Ernst der Situation gerecht zu werden. In fünf Monaten beraten wir hier über das neue Budget. Da werden wir Korrekturen vorschlagen. Korrekturen sind nur möglich, wenn wir sie seriös vorbereiten und sie nicht einfach pauschal in den Ring werfen. So soll der Budgetprozess auch in seiner Konsequenz getragen werden. Die FDP/XMV-Fraktion hat kein gutes Gefühl bei der Jahresrechnung 2016. Wir sehen aber die Verantwortung nicht allein beim Stadtrat. Die Ablehnung dieser Rechnung ist deshalb für uns kein Thema. Wir sind deshalb für Eintreten und wir stimmen der Jahresrechnung 2016 auch zu.

Roland Schöni, SVP: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten, zumal es sowieso obligatorisch ist. Wir reden hier über einen ganz miserablen Rechnungsabschluss 2016. Eine Firma, welche solche Zahlen bringt und über Jahre so wirtschaftet wie Arbon, würde schon lange nicht mehr existieren. Eine Familie, die so mit dem Geld umgeht, müsste man bevormunden. Wir sind schlicht und einfach mehr als pleite und das letzte bisschen Eigenkapital ist auch weg. Es hilft alles Jammern nichts und die gebetsmühlenartigen Beteuerungen, dass es nicht geht und praktisch alle Aufwendungen gebundene Ausgaben seien, stimmt schlichtweg nicht. Der Stadtrat hat bisher viel Zeit und Worte aufgewendet, das rekordhohe Defizit zu begründen, statt wirklich einschneidende Massnahmen zu ergreifen. Wir von der SVP sind entschlossen, eine bessere Finanzlage zu erzwingen und mit der Ablehnung des ersten Budgets haben uns die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler unterstützt und klar zum Ausdruck gebracht, so geht es nicht mehr weiter. Auf jeden Fall stimmt die SVP-Fraktion dieser Rechnung 2016

nicht zu. Wir können zu einer solchen Rechnung nicht ja sagen. Es ist uns klar, dass dies auch nichts mehr nützt. Eine solche Finanzpolitik ist für uns nicht tragbar. Gegen den Jahresbericht haben wir keine Einwände. Er ist ausführlich in der Darstellung.

Ich schlage Ihnen hier nun keine Statistiken und Zahlen um die Ohren, sondern rede in einfachen Worten. Einige von uns können ja überaus gescheit daherreden und mit Ökonomie auftrumpfen, gespart ist damit aber kein Franken. Es ist ja nicht so, dass nur der Stadtrat an der ganzen Misere allein schuld trägt, nein, wir hier im Parlament kennen bisweilen auch keine Grenzen, wenn es um das Ausgeben und Verschenken von Geld geht. Manchmal habe ich den Eindruck, wir sind alle einfach unfähig, ich eingeschlossen, unfähig, endlich die Probleme zu lösen. Uns wird schnell vorgeworfen, wir hätten ausser Kritik keine Lösungen eingebracht. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben immer wieder konkrete Vorschläge gemacht, wenn es um die Finanzen ging, wenn auch zuweilen recht massiv, welche zugegebenermassen auch von uns den grössten Mut erforderten. In gespannter Erwartung blicken wir auf die Finanzlage im laufenden Jahr. Können wir diese positiven Zahlen halten? Gibt es wieder eine grosse Überraschung? Eines ist sicher: Wenn wir es in Zukunft nicht stemmen können, wird es in nächster Zeit kein neues Projekt Altstadt geben. Es wäre daher wünschenswert, wenn wir im August an der nächsten Parlamentssitzung erfahren könnten, wie es um die Finanzen steht. Namentlich Steuerentwicklung, Stand Investitionen etc. Über die Umsetzung der Vorschläge zu den Berichten „Ritz und Mühle“ bei den Sozialen Diensten und der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung reden wir dann im Dezember. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass wir bis 2020 wieder auf soliden finanziellen Beinen stehen werden. Stellen wir uns immer wieder die Frage: Brauchen wir das oder wünschen wir es nur? Nehmen wir uns alle mehr Zeit, bessere Entscheidungen zu treffen.

Carmelo Campailla, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich kann mich gut an die lange Budgetsitzung von 2016 erinnern. Man kämpfte um jeden Sparposten. Nun reden wir über den Jahresbericht resp. die Jahresrechnung. Es scheint, als wäre das Jahr im Flug vergangen. Im Grossen und Ganzen unterscheidet sich die Jahresrechnung 2016 nicht allzu sehr von den vorhergehenden Jahren. Schon wieder müssen wir feststellen, dass das Jahr mit einem Minus abgeschlossen werden muss. Wir von der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso möchten uns aber zunächst für die grosse Arbeit insbesondere bei Mischa Vonlanthen herzlich bedanken. Der Jahresbericht ist sehr informativ, detailliert und übersichtlich. Auch so können Informationen weitergegeben werden. Sehr schön und passend für den Jahresbericht ist das Titelbild, das Arbon mit seinen Kulturen und seinen Parkanlagen zeigt. Die Sparbemühungen sind im Bericht durchaus sichtbar. Insbesondere die fünf Hauptbereiche Allgemeine Verwaltung, Öffentliche Sicherheit, Verkehr, Umwelt und Raumordnung und Volkswirtschaft haben insgesamt CHF 750'000 besser abgeschlossen als budgetiert. Die allgemeine demografische Entwicklung führt aber dazu, dass die Gesundheitskosten unaufhaltsam steigen. Kleinstädte sind davon mehr betroffen als Dörfer. Arbon ist für ältere Menschen ebenso attraktiv wie St. Gallen. Das kann zu einem Wachstum der Bevölkerung führen, erhöht aber den Anteil der nicht arbeitenden Bevölkerung, trägt damit nicht zu einer Verbesserung der Steuereinnahmen bei. Das erhoffte Bevölkerungswachstum durch attraktive Neuwohnungen hat zudem nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Da müssen wir in Zukunft realistisch sein und die hohen Erwartungen an Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger dämpfen.

Bedenken hat die SP zudem in Bezug auf die Entwicklung des Arbeitsorts Arbon. Viele Arbeitsplätze wurden abgeschafft. Es gibt kein Bauland, auf dem sich grössere Firmen ansiedeln könnten. Der Wandel von Arbon als Arbeitsplatz ist grundsätzlicher Art. Das wird uns auch in Zukunft Sorgen bereiten und die politisch Verantwortlichen fordern. Eine Beruhigung

der Kosten ist hingegen im Sozialbereich festzustellen. Das ist erfreulich. Doch bei der Betreuung der Sozialhilfebezüger muss die Stadt mehr unternehmen. Nur so können die Kosten weiter stabil bleiben oder gar reduziert werden. Der Soziallastenausgleich durch den Kanton ist erfreulich. Aber es ist klar, die Solidarität unter den Gemeinden ist durch den steilen Steuerwettbewerb in einer Schieflage. Da braucht es weiter grundsätzlich wirksame Massnahmen. Im Kulturbereich wird gespart. Die steigenden Kosten im Bereich Freizeit und Kultur sind nicht auf Mehrausgaben zurückzuführen, im Freizeitbereich wurde bei den Parkanlagen eine Umlagerung der Kosten vorgenommen. Das Bild, das sich dadurch in der Jahresrechnung ergibt, ist missverständlich. Insgesamt ist zu sagen, dass die Steuereinnahmen zum zweiten Mal tiefer ausgefallen sind als budgetiert. Das Eigenkapital der Stadt Arbon reicht nicht mehr aus, um das Defizit zu decken. Mit einer Erhöhung der Steuereinnahmen ist auch nächstes Jahr nicht zu rechnen. Das haben wir realistisch zu sehen.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Eintreten ist obligatorisch. Wir gehen zum Geschäftsbericht. Wir werden diesen ressortweise behandeln und darüber abstimmen. Nach dieser Abstimmung werden wir die laufende Rechnung behandeln und darüber abstimmen.

Seiten 1 – 11

Marlies Näf Hofmann, CVP/EVP: Sind Sie auch der Meinung, dass ich ebenso schnell auf den Beinen bin wie Usain Bolt, Sprinter aus Jamaika bei seinem Hundertmeterlauf? Ich bin es selbstverständlich nicht. Weil ich aber nicht so schnell bin wie dieser Weltrekordhalter, schaffe ich es auch nicht, wenn ich mit dem Zug im SBB-Bahnhof ankomme, den Anschlussbus zu erreichen. Wenn ich dann auf den nächsten Bus harren muss, erweist sich dieses Warten sowohl in der zügigen, offenen Halle im Hamel wie auch auf dem langgezogenen Busbahnhof mit Bänken ohne Rückenlehne als recht strapaziös. Wenn der Stadtpräsident die Aussage macht, der neue Busbahnhof werde von den Fahrgästen sehr geschätzt, ohne konkrete Rückmeldungen zu nennen, wird der Eindruck geweckt, es gebe keine kritischen Stimmen. Die Frage der FGK, wie diese Aussage zustande gekommen sei, hat der Stadtrat nur ausweichend beantwortet. Die planerischen Grundsätze, wonach die Verbindung zwischen Zug und Bus möglichst kurz, übersichtlich, direkt, ungefährlich, insbesondere auch für ältere und alte Menschen sowie behindertengerecht sein sollte, treffen bei uns leider nicht zu. Mit Wehmut denken viele Arbonerinnen und Arboner, darunter besonders auch Seniorinnen und Senioren, an die Zeit zurück, da Bus und Bahn nur ein paar Schritte entfernt voneinander gestanden haben. Da es nur Usain Bolt mit seiner Schnelligkeit möglich ist, den nächsten Anschlussbus zu ersprinten, dies aber auch nur dann, wenn der Zug pünktlich eintrifft, frage ich den Stadtpräsidenten, ob er die Problematik erkannt hat und ob er bessere Konzepte für den normalen Fussgänger anbieten könnte. Ich bedanke mich für die Antwort.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Die Rückmeldungen, das vielleicht zuerst, habe ich von den Busunternehmen erhalten, die den Bushof regelmässig anfahren und da herrscht ein sehr gutes und positives Signal, was die neuen Möglichkeiten anbelangt. Aber ich bin nicht so illusioniert, als dass ich nicht weiss, dass auch kritische Bemerkungen da sind, das haben wir ja schon zum Jahresbericht gehört. Es gibt immer eine Gruppe, die das eine oder andere weniger schätzt als vielleicht die Mehrheit. Es wurde erkannt und natürlich war das von Anfang an schon klar, dass die Distanz etwas lang ist. Da hat man allerdings nur einen beschränkten Einfluss, weil die Fahrzeiten nicht auf die Stadt Arbon und den Busbetrieb ausgerichtet sind, sondern weil sie insbesondere auf die grösseren Zentren, sprich Ror-

schach, Romanshorn und St. Gallen ausgerichtet sind. Anpassungen hat man vorgenommen mit der Justierung der Haltekanten, damit die knappsten Verbindungen möglichst nahe beim Bahnhof sind, sodass auch etwas betagtere Busfahrer eine bessere Chance haben die Verbindung zu erreichen. Weitere Anpassungen sind im Moment nicht möglich.

Seiten 12–19 Ressort Präsidium

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich habe zwei Bemerkungen zu den Einwohneranlässen. Ich war für eine Kürzung des Budgets für Einwohneranlässe und bin heute noch überzeugt, dass diese Kürzung richtig war. Nicht verstehen kann ich aber, weshalb ausgegerechnet bei der Jungbürgerfeier der Sparhebel angesetzt wurde. Wir müssen junge Erwachsene möglichst frühzeitig zur Teilnahme am politischen Leben motivieren. Studien haben gezeigt, dass eine Nichtbeteiligung an Wahlen und Abstimmungen in den frühen Erwachsenenjahren zur Folge hat, dass auch später die politischen Rechte seltener wahrgenommen werden. Die Jungbürgerfeier leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die jungen Erwachsenen als mündige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in unserer Gesellschaft willkommen zu heissen und sie auf ihre Rechte aufmerksam zu machen und ausserdem auch an ihre Verantwortung als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu appellieren. Ich bitte den Stadtrat, nicht ausgerechnet hier zu sparen.

Lobenswert finde ich hingegen, dass an der Neujahrsbegrüssung mit "Ghackets und Hörnli" ein einfacher und preiswerter Imbiss offeriert wurde. Ich möchte aber schon bitten, dass bei zukünftigen Anlässen auch eine nennenswerte vegetarische Option zur Verfügung gestellt wird. Laut der aktuellsten repräsentativen Umfrage von Swissveg ernähren sich 14 % aller Schweizerinnen und Schweizer vegetarisch oder vegan. Dazu kommen 17 % Flexitarierinnen und Flexitarier. Umgangssprachlich sind das auch die Teilzeitvegetarier. Etwa ein Drittel der Bevölkerung achtet also bewusst auf eine fleischfreie oder zumindest fleischarme Ernährung. Diesem Umstand soll in Zukunft an sämtlichen Einwohneranlässen Rechnung getragen werden. Übrigens: Mit einem vegetarischen Menü für alle könnte man a) einen Beitrag zum Umweltschutz leisten, b) etwas für die Gesundheit der Arboner Bevölkerung tun und c) die Stadtfinanzen zusätzlich schonen.

Lukas Auer, CVP/EVP: Am 1. Juni ist meine Freundin von Rorschach (SG) zu mir nach Arbon im Kanton Thurgau gezogen. Das ist sehr schön für mich gewesen. Nun hat mich etwas irritiert. Der erste Brief von der Stadt Arbon war vom Steueramt. Wir hatten sehr viel Freude dabei. Der zweite Brief kam am 14. Juni von der Abteilung Sicherheit der Stadt. Hinweis auf das Parkierungsreglement. Parallel kam ein Schreiben von der reformierten Kirche – sie ist da angesiedelt. Da kam ein Dossier, in dem komplett beschrieben ist, was die reformierte Kirche macht: Gottesdienstzeiten, Ablauf, Kinderarbeit, Jugendarbeit, Feste und und und, ein richtig dickes Couvert. Meine Frage ist hier ganz klar: Warum macht das die Stadt nicht? Ich weiss, dass es eine Willkommensbotschaft gibt, die zum Neuzuzügeranlass kommt. Warum verschickt man diese nicht am Anfang? Das macht doch ein besseres Bild als eine Rechnung oder ein Schreiben vom Steueramt. Ist es nicht möglich, ein Dossier zu schicken, wo man die neuen Anwohner herzlich willkommen heisst, etwas Positives über Arbon schreibt, etwas über die Gastronomiebetriebe. Leider haben wir immer weniger, aber vielleicht mit der Zeit wieder mehr. Hineinschreiben, wo, wann, was in Arbon läuft. Das macht einfach einen besseren und professionelleren Eindruck. Ist das nicht möglich oder will man das nicht? Ich verstehe es einfach nicht, tut mir leid.

Arturo Testa, CVP/EVP: Die Antwort des Stadtrats im FGK-Bericht auf Seite 4 zur Fachkommission Verkehr, Jahresbericht auf Seite 17 zum Konzept Tempo 30er-Zonen vermag unsere Fraktion nicht ganz zu befriedigen. Den Leitfaden, der erwähnt wurde, habe ich heruntergeladen und durchgelesen. Er ist rein technischer und rechtlicher Art. Es sind keine Punkte zu finden, die eine Wegleitung erahnen lassen, wo eine Tempo 30-Zone zu erstellen ist. Es fehlen Punkte, die einen Grundsatz bilden, was für Kriterien hineingenommen werden, wie zum Beispiel Verkehrsaufkommen, tatsächlich gefahrene Geschwindigkeiten, Unfallraten und deren Auswertung, über Unfallart etc. Kurz, was der Stadtrat in Zukunft plant. Ich bitte den Stadtrat hier um eine Nachbesserung.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Ich erlaube mir, ganz kurz die letzten drei Sprecher zusammenzufassen.

Die Jungbürgerfeier ist die Feier, die wir im Moment auf Zweijahresrhythmus gesetzt haben, weil die entsprechende Nachfrage zu wenig gross war. Wir sind gespannt, was eine Zusammenfassung auf Zweijahresbetrieb dann bewirkt.

Ein Begrüssungsschreiben gibt es. Es gibt auch entsprechende Unterlagen. An welche und zu welchem Zeitpunkt diese Unterlagen versandt werden, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Tempo 30 bzw. überhaupt das Temporegime ist ganz einfach. Es sind die verkehrsorientierten Strassen, die Hauptstrassen mit Tempo 50, alles andere ist Tempo 30. So Gott will, ist in der Altstadt bald eine Begegnungszone, also Tempo 20.

Dominik Diezi, CVP/EVP: Wir haben noch Bemerkungen und Fragen zur städtischen Wirtschaftspolitik Seite 16 des Jahresberichts. Eine wichtige Ursache des schlechten Ergebnisses 2016 sind die insgesamt deutlich rückläufigen Einnahmen bei den Steuern der juristischen Personen früherer Jahre. Allgemein entwickelt sich Arbon immer mehr zu einer Wohnstadt. Es werden Wohnungen gebaut, was das Zeug hält, hingegen kaum neue Gewerbeliegenschaften erstellt. Neuansiedlungen halten sich sehr in Grenzen. Da erstaunt es, dass der Stadtrat nach wie vor keine aktive Wirtschaftspolitik betreibt, sondern sich auf die Betreuung bereits zugezogener Unternehmen beschränkt. Ziel müsste es aber sein, möglichst vielen der in Arbon Ansässigen eine Arbeit vor Ort zu ermöglichen. Das bedingt eine aktive Wirtschaftspolitik mit einem klaren, an den Bedürfnissen möglicher Investoren ausgerichteten Förderungs- und Unterstützungskonzept und setzt insbesondere auch eine entsprechende Vernetzung voraus. Uns würde deshalb interessieren, welche Strategie die Stadt verfolgt, um in Arbon wieder mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Warum werden im Sauer WerkZwei praktisch nur Wohnungen errichtet? Wo bestehen Flächen, wo sich interessierte Unternehmer ansiedeln können und vor allem, warum betreibt die Stadt nach wie vor keine aktive Wirtschaftsförderung?

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Mir ist schleierhaft, wie Dominik Diezi sagen kann, dass wir keine aktive Wirtschaftsförderung betreiben, denn der Bericht weist etwas anderes aus. Meine Voten dazu waren in den letzten fünf Jahren ebenso anders. Ganz konkret ist es so, dass wir schon froh sind, dass wir die Anzahl der Arbeitsplätze in Arbon halten konnten. Das ist bereits ein Erfolg, wenn man bedenkt, welche Zahlen hier weggefallen sind. Es ist aber auch so, dass wir effektiv nur begrenzte personelle Ressourcen für diese Aktivitäten haben und uns daher auf die wichtigsten Prioritäten konzentrieren. Auch das können Sie dem Bericht entnehmen. Die wichtigste Priorität ist, Objekte, Gewerbe- und Industrieland zur Verfügung zu stellen und auch bekannt zu machen. Das heisst, jeder, der etwas sucht, soll

es finden können. Das hat bisher ja Alexander Stojkovic bearbeitet und mich darin unterstützt. Neu ist das Olivier Jacot, der für diese Aufgabe zuständig ist. Wir haben außerdem die wunderbare Situation, das wurde vorhin auch schon erwähnt, dass wir über genügend Gewerbe- und Industrieland verfügen. Allein rund um das Corporate Center der Arbonia stehen rund 60'000 Quadratmeter Gewerbeland zur Verfügung, und die Nutzungsvorschriften für das Werk 2 sind ebenso seit 2005 sauber aufgeteilt. Dort bestehen einige Zehntausend Quadratmeter Fläche für gewerbliche Ansiedlung. Es ist aber auch so, dass die Nachfrage oder der Boom nach der Schweiz generell, aber auch nach Arbon insbesondere, im Wohnbereich besteht und weniger im Gewerbebereich. Aktiv bemühen wir uns natürlich um die bestehenden Unternehmen, weil gerade diese es sind, die in einer guten wirtschaftlichen Lage am meisten Arbeitsplätze schaffen können, denn die haben schon das Fundament und können sich dann aufgrund dieser Basis besser entwickeln als vielleicht neue. Letztendlich Wirtschaftsförderung für uns alle: Je mehr Werbung – und ich meine damit die positive Werbung – wir alle über Arbon machen, desto besser ist es für Arbon und desto mehr Zuzug von vermögenden Privatpersonen wie auch von Unternehmen und gewerblichen Betrieben haben wir.

Seiten 20-26 Ressort Finanzen

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich mache Sie auf etwas aufmerksam, was Ihnen vielleicht nicht gerade ins Auge gesprungen ist, auf die Statistik Seite 25 über Zu- und Wegzüger 2016. Wir haben in Arbon pro Person eine Steuerkraft von CHF 1'724, einfache Steuer zu 100 %. Das Total der Zuzüger zahlte im Jahr 2016 CHF 670'000 Steuern, es waren 425. Das gibt im Schnitt CHF 1'578, fast CHF 200 unter dem Schnitt. Also wer nach Arbon kommt, verschlechtert das Substrat.

Stadtrat Patrick Hug, CVP: Im Jahresbericht hat sich auf Seite 25 ein Fehler eingeschlichen. In der Tabelle Stachen Frasnacht 2016 natürliche Personen total sollte es heißen statt CHF 3'590'054.33 korrekt CHF 3'799'151.10. Alle anderen Werte sind korrekt. Es hat auch keinerlei Einfluss auf das Rechnungsergebnis. Ich bitte, diesen Fehler zu entschuldigen.

Seiten 27–33 Ressort Bau, Freizeit, Sport

Lukas Auer, CVP/EVP: Ich habe eine Frage zum Rechnungsbericht Seite 29 Kappeli. Das Kappeli wird sehr aufwendig und nicht sehr günstig restauriert. Unsere Frage stellt sich, warum das Kappeli nicht in der Veranstaltungsplattform für Online-Reservationen aufgeschaltet ist. Ich denke, wenn wir dieses wunderschöne Gebäude sehr teuer sanieren und mit dem auch zeigen können, was das auch geschichtlich in Arbon von Wert hat, warum nicht mit diesem Juwel ein bisschen prahlen? Man kann es ja auf dieser Plattform mit eingeschränkter Nutzung bewerben, denn sanitäre Anlagen hat es ja keine. Wir sind als Fraktion damit nicht ganz so einig, dass man das nicht bewerben soll.

Zum Schwimmbad, unserem nächsten Projekt: Dominik Diezi hat es eingehend gesagt. Wir wollten oder wir fordern immer noch eine Erhöhung von Tarifen für auswärtige Personen, die unser wunderbares Schwimmbad nutzen. Unsere Frage: Wird hier an einem schönen Tag einmal eine Stichprobenkontrolle gemacht, wie viele auswärtige Personen in unser wunderbares Schwimmbad kommen und wie viele Einheimische es sind?

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Arbeiten im Kappeli sind abgeschlossen. Die Arbeiten wurden zu Beginn dieses Monats abgenommen. Das Kappeli kann eingeschränkt gemietet werden. Aber ich denke, die Einschränkung ist nicht so gross, dass wir dann irgendwelche Mietangebote ablehnen müssen. Es wird möglich sein, sicher an drei Tagen pro Woche das Kappeli zu mieten. Bis jetzt ist das Kappeli nur direkt auf der Bauverwaltung mietbar. Ich werde mich aber dem Wunsch der CVP anschliessen und veranlassen, dass das Kappeli auch auf der Onlineplattform gemietet werden kann. Ich glaube nicht, dass das dann so oft der Fall ist, dass wir da einen Riegel schieben müssten.

Zur Badi: Ich fände es auch wünschenswert, wenn man feststellen könnte, wie viele Auswärtige die Badi besuchen. Ich denke auch, das müsste man an einem Tag machen, an dem viele Leute in die Badi gehen. Aber wenn an einem Tag viele Leute in die Badi gehen, hast du gesehen, wie lange die Schlange dann ist? Wenn wir jedes Mal auch noch fragen müssen, woher jemand kommt oder vielleicht die Postleitzahl erfragen und etwas aufschreiben müssen, wird die Reihe noch länger. Aber ich will einmal mit den zuständigen Personen zusammen überlegen, welche Möglichkeit es gäbe, vielleicht auch bei einer Umfrage, um festzustellen, wie viele Auswärtige die Badi besuchen.

Seiten 43–54 Einwohner, Sicherheit

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: In diesem Jahr möchte ich ein Lob an Stadtrat Brühwiler aussprechen. Ich finde, dass der diesjährige Sicherheitsbericht sowohl sachlicher als auch differenzierter ausfiel als die Berichte der Vorjahre. Auch ich teile die Ansicht des Stadtrats, dass sich die Menschen immer häufiger an die geltenden Regeln im öffentlichen Raum halten. Dies stützt übrigens auch die Kriminalstatistik 2016, aus der ich daher hier zitiere: „Die Gesamtzahl der Straftaten nach Strafgesetzbuch im Kanton Thurgau ging 2016 auf 10'322 Delikte zurück. Dies bedeutet eine neuerliche Abnahme um 5 %. Die Zahlen liegen somit etwa 13 % unter dem höchsten Niveau von 2013, während seither die Bevölkerung im Thurgau um rund 5 % gewachsen ist.“ In der Kriminalstatistik gibt es übrigens auch eine erfreuliche Grafik zu den einzelnen Regionen. So gibt es zum Beispiel bei uns im Ostthurgau im Vergleich zum Nord- und Südthurgau weniger Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie weniger Verstösse gegen das Ausländergesetz. Man kann also getrost sagen, nicht nur im Thurgau, sondern insbesondere auch in Arbon leben wir an einem sehr sicheren und friedlichen Ort. Fazit: Die Sicherheit kann also auch mit gekürztem Budget genügend gewährleistet werden. Wir sollten uns darüber freuen und den eingeschlagenen Weg weitergehen. Der Stadtrat soll nicht bei jedem kleinsten Vorfall in Aktionismus verfallen und das Budget für die Securitas wieder ausbauen. Ich werde die Ausgaben im Auge behalten und bitte den Stadtrat, den Sparwillen des Parlaments hier weiterhin umzusetzen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich habe eine Frage zu Seite 47. Da sehen Sie in der Statistik, dass die Securitas enorm viel mehr Meldungen gemacht hat, nämlich drei Mal mehr, 3'270. Von diesen Patrouillen wurden auch doppelt so viele Personen erfasst, nämlich 6'700. Jetzt kommt's aber: Was bewirkte das? Weniger Bussen, weniger Strafverfügungen. Mehr warme Luft? Was ist der Grund?

Stadtrat Konrad Brühwiler, SVP: Zuerst einen herzlichen Dank an Felix Heller für die Blumen, die ich bekommen habe. Die reiche ich gern auch dem Securitasdienst weiter, der pflichtbewusst seine Aufgabe wahrnimmt. Und jetzt zur Frage seines Vaters Riquet Heller:

Ich kann diese Frage so im Moment nicht beantworten, aber ich verspreche dir eine schriftliche Antwort.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich muss hier gemäss Geschäftsreglement fragen, ob jemand auf einen Geschäftsbereich zurückkommen will. – Das ist nicht der Fall.

Abstimmung

Der Jahresbericht wird einstimmig genehmigt.

Laufende Rechnung

11 Öffentliche Sicherheit

Seiten 62-67

Konto 1140.4800 Entnahme Spezialfinanzierungen

Reto Neuber, CVP/EVP: Die Antwort des Stadtrats auf diese Frage der FGK zur Entnahme aus der Spezialfinanzierung ist etwas dürftig. Wie ist es effektiv zu diesen massiven Minder-einnahmen gekommen und wie sieht die Strategie des Stadtrats aus, wenn diese CHF 47'000 auch aufgebraucht sind?

Stadtrat Konrad Brühwiler, SVP: CHF 70'000 weniger Einnahmen an Feuerwehrersatzsteuern und verschiedene unvorhergesehene höhere Ausgaben und Anschaffungen führten zu diesem höchst unerfreulichen Ergebnis. Die Feuerschutzkommission hat von diesem ernüchternden Ergebnis Kenntnis genommen und hat in der Budgetierung 2018 bereits Korrekturen vorgenommen. Eine zweite Massnahme, um diese Spezialfinanzierung wieder anzuäufnen, soll mit der Revision des Feuerschutzreglements, das demnächst hier ins Parlament zur Beratung kommt, aufgegelistet werden. Aber es wird nicht etwa der Satz der Feuerwehrsteuer erhöht, obwohl Arbon einen der tiefsten Sätze aller Stützpunktfeuerwehren hat, sondern wir schlagen vor, die Pflicht für den Feuerwehrdienst um zwei Jahre von 50 auf 52 Jahre zu erhöhen. Damit könnten zwei Fliegen auf einen Schlag erlegt werden. Erstens: Kameraden, die schon jahrelang Feuerwehrdienst leisten und die sich erfahrungsgemäss in den letzten Jahren immer wieder sehr schwer vom Feuerwehrdienst entledigt haben, also sich verabschiedet haben, können, dürfen, ja sie sollen sogar länger Feuerwehrdienst leisten. Damit kann zweitens die Feuerwehrersatzsteuer zwei Jahre länger einverlangt werden und diese Spezialfinanzierung wieder positiv gespiesen werden. Darüber aber Konkretes, auch um welchen Betrag es sich dabei handelt, an der Beratung des Feuerwehrschutzreglements in diesem Parlament. Mit Sicherheit wird sich die Feuerwehr auch in Zukunft mit eigener Kraft finanzieren müssen. Das muss unser Ziel sein. Ich sage Ihnen, wir schaffen das.

15 Soziale Wohlfahrt

Seiten 75-78

Konto 1570 Alterssiedlung

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Es ist das Konto auf Seite 76 ganz unten, dieses Konto sehen Sie in der Jahresrechnung nicht. Das ist genau der Punkt. Hier wurden nämlich die richtigen Beträge abgebildet, aber die falschen Kontonamen. Sie sehen den sozialen

Wohnungsbau doppelt. Eigentlich wäre 1570 Alterssiedlung CHF 25'000, darunter 3310 Ordentliche Abschreibungen CHF 25'000, dann 3910 Kapitalzinsen CHF 0.

16 Verkehr
Seiten 79-81

Konto 1620.4630 Beitrag Arbon Energie

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Im Geschäftsbericht 2016 der Arbon Energie wird unter dem Stichwort Leistungen der Arbon Energie AG an die Stadt Arbon unter anderem der Betrag von CHF 384'476 für die öffentliche Beleuchtung ausgewiesen. Dies ist irreführend, da dieser Betrag gemäss Antwort des Stadtrats in vollem Umfang an die Strombezüger verrechnet wird. Wir bitten den Stadtrat, im Rahmen seiner Vertretung im Verwaltungsrat der Arbon Energie darauf hinzuwirken, dass dies transparent ausgewiesen wird. Es darf nicht sein, dass Beiträge, die eigentlich die Strombezüger bezahlen, der Öffentlichkeit als Beiträge der Arbon Energie an die Stadt verkauft werden.

Investitionsrechnung

Keine Wortmeldungen.

Bestandesrechnung

Keine Wortmeldungen.

Geldflussrechnung

Keine Wortmeldungen.

Kennzahlen

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung

Die Jahresrechnung 2016 wird mit 22 Ja gegen 6 Nein genehmigt.

Der Verwendung des Aufwandüberschusses von CHF 2'809'330.91 zulasten des Eigenkapitals wird einstimmig zugestimmt.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Gemäss Art. 35 Ziff. 1 unserer Gemeindeordnung unterstehen diese beiden Beschlüsse dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. Neun Mitglieder hier im Parlament können eine Volksabstimmung bewirken. Wird ein Antrag auf Abstimmung über das Behördenreferendum gestellt? – Das ist nicht der Fall. Das Geschäft untersteht jetzt dem fakultativen Referendum. Dies beginnt voraussichtlich nächsten Freitag mit der Publikation des Beschlussprotokolls. Ich bedanke mich bei FGK-

Präsident Lukas Graf und den Kommissionsmitgliedern für die gute Arbeit und die Stellungnahmen.

4. Botschaft Verkauf einer Teilfläche der Parzelle Nr. 3477 an die Hotel Seegarten AG, Seestrasse 66, Arbon
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Der Stadtrat hat am 20. Februar 2017 die Botschaft zum Verkauf dieser Teilfläche von Parzelle 3477 an die Hotel Seegarten AG, Seestrasse 66, Arbon, zuhanden des Stadtparlaments verabschiedet. Der Stadtrat stellt darin den Antrag, dem Verkauf der Teilfläche der Parzelle Nr. 3477 von insgesamt 1'729 Quadratmetern zum Gesamtpreis von CHF 933'660 (CHF 540 pro Quadratmeter) an die Hotel Seegarten AG zuzustimmen. Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde eine vorberatende Kommission eingesetzt. Die vorberatende Kommission beantragt gemäss Kommissionsbericht vom 28. Mai 2017 mit 4 zu 3 Stimmen, dem Verkauf einer Teilfläche der Parzelle 3477 nicht zuzustimmen. Gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements hat das Wort zum Eintreten zuerst die Sprecherin der Kommission.

Christine Schuhwerk, FDP/XMV: Die vorberatende Kommission hat das Geschäft Verkauf einer Teilfläche der Parzelle Nr. 3477 an die Hotel Seegarten AG, Seestrasse 66, Arbon an zwei Sitzungen beraten. Vorab möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit bei den Kommissionsmitgliedern bedanken und beim Stadtpräsidenten Andreas Balg für die Begleitung und die Beratung sowie Nadja Holenstein für die Protokollführung. Vor uns liegt neu eine Botschaft, mit welcher der Stadtrat beantragt, der Hotel Seegarten AG eine Teilfläche der Parzelle 3477 von 1'729 Quadratmetern zum Gesamtpreis von CHF 933'660 bzw. CHF 540 pro Quadratmeter zu verkaufen. Ursprünglich bestand die Absicht, das Grundstück nicht zu verkaufen, sondern der Hotel Seegarten AG eine Konzession für 53 Parkplätze mit einer Laufzeit von 30 Jahren einzuräumen. An der Parlamentssitzung vom 24. Mai 2016 sollten wir über die entsprechende Botschaft beraten. Der Stadtrat zog allerdings an dieser Sitzung die Botschaft kurzfristig zurück, nachdem der Rechtsvertreter der Hotel Seegarten AG mitgeteilt hatte, dass sie den Konzessionsvertrag in der vorliegenden Form nicht unterzeichnen würden. In der Diskussion zum Sachverhalt steht die Kommission dem Verkauf mit geteilter Meinung gegenüber. Einerseits ist sich die Kommission bewusst, dass das Hotel für einen Weiterbetrieb nicht auf die Parkplätze verzichten kann. Es ist von grosser Wichtigkeit, nach der Schliessung des Hotels Metropol das Hotel Seegarten erhalten zu können und damit auch die ca. 22 Arbeitsplätze für Arbon zu sichern. Hinter der Käuferschaft der Familie Hasen stehen namhafte Gastronomen, was es ebenfalls positiv zu werten gilt. Das Hotel Seegarten könnte mit dem geplanten Seminarraum auch das Angebot für Veranstaltungen und Sitzungsräume für Vereine erweitern. Die Kommission wollte an der ersten Sitzung eine Antwort zum effektiven Rückzug der Hotelbetreiber kennen und beauftragte den Stadtrat, eine Antwort auf diese Frage einzuholen. Aus der Antwort war festzustellen, dass die Forderungen des Käufers zu wenig in den Entwurf des Konzessionsvertrags eingeflossen waren. In der Antwort stand ebenfalls ein Vorschlag zu einer Mietlösung. Der Vorschlag einer Mietlösung ist aus Sicht der Kommissionsmehrheit nicht wirklich als Alternative zu betrachten. Es ist nicht üblich, dass die öffentliche Hand einen Mietvertrag abschliesst, die Vorinvestitionen für die Erstellung der Parkplätze trägt und diese dann auch bewirtschaftet. Ebenso müsste die Stadt die Verantwortung für das Grundstück immer noch tragen. Dass die Teilfläche der Parzelle 3477 an die Hotel Seegarten AG übergeht, ist für die ganze Kommission unbestritten.

ten. Nur die Mehrheit der Kommissionsmitglieder steht grundsätzlich einem Landverkauf skeptisch gegenüber, da die Stadt über wenige Landreserven verfügt. Sie bevorzugen eine Überarbeitung des Konzessionsvertrags mit der Hotel Seegarten AG. Somit empfiehlt die vorberatende Kommission mit 4 zu 3 Stimmen, dem Verkauf einer Teilfläche der Parzelle 3477 von insgesamt rund 1'729 Quadratmeter zum Gesamtpreis von rund CHF 933'660 an die Hotel Seegarten AG nicht zuzustimmen.

Eintreten

Astrid Straub, SVP: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei der Kommissionspräsidentin Christine Schuhwerk für die Leitung der zwei Kommissionssitzungen und für den verfassten Kommissionsbericht zu diesem Sachgeschäft, dem Stadtpräsidenten für die Teilnahme an der ersten Sitzung. Die SVP-Fraktion bedankt sich besonders auch für die erhaltenen Antworten der Rechtsanwälte von Herrn Altherr und Familie Hasen betreffend Nichtzustandekommen des Konzessionsvertrags zwischen der Stadt Arbon und Herrn Altherr, wurde doch so ein wenig Licht ins Dunkel gebracht. Bedenklich, dass uns hier der Stadtpräsident an der Kommissionssitzung keine Antwort geben konnte, wieso der Konzessionsvertrag nicht unterzeichnet wurde. Meinem Vorschlag, es wäre zu überdenken, Herrn Altherr und Herrn Hasen an die zweite Kommissionssitzung einzuladen (Mail an die Kommissionspräsidentin vom 23. April 2017), kam man nicht nach. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten. Unsere Fraktion ist, was den Verkauf angeht, mehrheitlich für Verkauf. Da werde ich in der Detailberatung je nach Diskussionsverlauf mit meinem Votum zuwarten.

Lukas Auer, CVP/EVP: Auch wir bedanken uns bei der Kommission für die Vorberatung. Liebe Christine, besten Dank für die Führung der Kommission. Die Ausführungen und Begründungen einer knappen Mehrheit der Kommission zu einem Verkaufsverzicht überzeugten nicht. Wir von der CVP/EVP-Fraktion sind grossmehrheitlich für den Verkauf. Wir werden nachher in der Detailberatung noch Argumentationen liefern. Was die CVP/EVP-Fraktion aber ist: Sie ist geschlossen für Eintreten.

Max Gimmel, FDP/XMV: Auch wir bedanken uns für die seriöse Arbeit in der Kommission. Welchen Zweck erfüllt der Verkauf? Der Verkauf der Parzelle dient dem Hotelbetrieb zur Arounderung des Areals heute mit Parkplätzen, sodass er es weiterentwickeln und für die Zukunft so einsetzen kann, dass der Hotelbetrieb optimal funktioniert. Der Verkauf der Parzelle ist kein Investment für einen Immobiliendeal, so wie wir über eine naheliegende Parzelle damals in 2011 entschieden haben. Es ist ein Verkauf, der an ein Unternehmen geht mit einer betriebswirtschaftlichen Nutzung und diese Nutzung soll das Unternehmen stärken. Es ist ein sehr wichtiger Deal für das Unternehmen und es ist wichtig, dass wir das hier auch seriös diskutieren. Wir sind für Eintreten.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Auch wir von der Fraktion SP-Gewerkschaften-Juso bedanken uns bei der Kommission für die Arbeit, insbesondere der Kommissionspräsidentin und sind einstimmig für Eintreten.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Ich möchte Sie einfach daran erinnern, um was es geht. Es geht um die langfristige Entwicklung eines Familienbetriebs. Es geht um 42 Hotelzimmer, die in Arbon dringend benötigt sind. Es geht um 20 Arbeitsplätze und es geht um eine effektive Sicherung dieses Betriebs. Das will ich Ihnen dringend mitgeben. Im Detail

komme ich dann auf mein kürzlich geführtes Gespräch mit den bereits genannten Vertretern Hasen, Altherr und Giuliani noch zu sprechen.

Eintreten ist unbestritten.

Rudolf Daeppl, SVP: Für Arbon ist es enorm wichtig, dass das Hotel Seegarten auch zukünftig erhalten bleibt. Für den Fortbestand des Hotels Seegarten sind ausreichend Parkplätze von existenzieller Bedeutung. Es ist sehr zu begrüssen, dass auch der Stadtrat zur Sicherung des örtlichen Gewerbes den Verkauf der Teilparzelle 3477 über rund 1'729 Quadratmeter zum Gesamtpreis von CHF 933'660, d. h. CHF 540 pro Quadratmeter vorbereitet hat. Es ist nicht selbstverständlich, dass so eine engagierte und renommierte Gastrofamilie wie die Familie Hasen bereit ist, in Arbon das Hotel Seegarten AG zu führen. Es wäre fatal, wenn Arbon das Hotel Seegarten wegen fehlender Parkplätze verlieren würde. Wir verstehen, dass die Hotel Seegarten AG einen Kauf wünscht, damit langfristige Planungssicherheit für sie besteht. Die SVP-Fraktion findet die CHF 540 pro Quadratmeter unter den oben genannten Bedingungen einen fairen Preis. Mit unserer Zustimmung verbinden wir den Wunsch, dass das Hotel Seegarten AG über Generationen ein Hotel bleiben wird. Die Fraktion SVP stimmt deshalb dem vorliegenden Geschäft zu.

Lukas Auer, CVP/EVP: Ich habe es vorhin schon erwähnt, dass wir grossmehrheitlich für den Verkauf sind. Warum sind wir für den Verkauf der Parzelle? Hier geht es um ein Kulinarium, um ein Hotel. Leider haben wir schon ein Hotel verloren, das Hotel Metropol. Wir haben einen weiteren Gastrobetrieb, der geschlossen wird bzw. die Pacht wurde auf Seite des Pächters gekündigt. Wir können es uns gar nicht leisten, einen weiteren Gastronomiebetrieb zu schädigen, indem wir eine Trotzaktion machen und gegen den Verkauf sind. Eine Vermietung und diese vielen weiteren Möglichkeiten sind einfach Humbug – tut mir leid für dieses Fluchwort. Ein Verkauf generiert auch Parkplätze. Ich kann Ihnen eins sagen, ich bin gelnter Koch, ich habe auch den Meistertitel gemacht, unter Hasen. Er war mein LAP-Experte. Ich kann Ihnen sagen, das ist eine Gaststätte, ein Küchenchef, der noch weitere Jahrzehnte diesen Familienbetrieb führen wird. Ich glaube nicht, dass wir mit einer Trotzaktion das Image von Arbon verbessern. Ich kann Ihnen nur eins sagen: Wenn wir Arbon Tourismus als Schachbrett anschauen, wir haben keine Bauern mehr auf dem Schachbrett, die haben wir schon verspielt oder verloren, jetzt fangen wir an, die Läufer und die Türme zu schädigen, indem gewisse Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier im Saal gezielt gegen einen Verkauf sind. Mit dem Verkauf können Parkplätze realisiert werden, es kann endlich auch wieder ein Pavillon erstellt werden. Wir wissen genau, wie schwierig es ist, in Arbon für eine politische Veranstaltung einen Raum zu finden. Wo würde zum Beispiel das Seegarten-Meeting stattfinden, das immer gut besucht ist mit guten Referenten? Aber auch wenn wir Anlässe machen, haben wir langsam keine Säle mehr. Und jetzt gibt es ein bisschen Licht am Horizont. Ich verstehe auch nicht, warum wir eine Rügeaktion gegen den Stadtrat machen. Der Stadtrat hat bei gewissen Kommissionsmitgliedern schlecht kommuniziert, das soll dahingestellt sein, aber wir dürfen hier nicht die Seegarten AG schädigen. Ich bitte Sie wirklich, auch aus kulinarischen Gründen dem Verkauf zuzustimmen.

Max Gimmel, FDP/XMV: Ich möchte das nicht weiter in die Länge ziehen. Was bringt der Verkauf der Gemeinde? Wenn die Gemeinde eine solche Parzelle einer Immobilie verkaufen würde, wie das eben bei der Nachbarparzelle geschehen ist, wird darauf ein Mehrfamilienhaus erstellt und es profitieren Immobilienentwickler und Mieter, also ein paar Dutzend Leu-

te. Der Hotelbetrieb mit den 50 Betten, also 20 % der Bettenanzahl von Arbon, die zur Verfügung stehen, zieht trotzdem jährlich Tausende Touristen nach Arbon, und er beschäftigt 20 Mitarbeitende. Wenn ein Unternehmer eine Parzelle vollumfänglich im Besitz hat, ist es einfach eine andere Wirkung für die Planung auf dieser Parzelle, und das ist für mich der Hauptgrund, wieso ein Konzessionsvertrag in diesem Fall überhaupt nicht infrage kommen kann. Bei einem Immobiliengeschäft kann das durchaus Sinn machen, wird sogar oft gemacht, vor allem dann, wenn das ganze Terrain für ein Projekt genutzt werden kann. Wenn wesentlich nur ein kleiner Teil des Terrains im Konzessionsvertrag drin ist und der andere Teil im Besitz der Firma, dann macht es einfach keinen Sinn. Aus diesem Grund muss ich einfach auch namens unserer Fraktion dafür plädieren, dass man dem Ansinnen, einen Konzessionsvertrag vorzuziehen und das so anstellen will, dass man diese Abstimmung nun ablehnt und wirklich nicht zustimmen darf.

Lukas Graf, SP-Gewerkschaften-Juso: Ja, das Hotel Restaurant Seegarten ist ein Lichtblick in der kargen Arboner Hotellerielandschaft und aus unserer Stadt ganz sicher nicht mehr wegzudenken. Nun stehen dem Hotel die bestehenden Parkplätze bald nicht mehr zur Verfügung. Wann genau die Nachbarparzelle überbaut wird, steht allerdings noch nicht fest. Ein Hotel, insbesondere an dieser Lage, ist logischerweise auf Parkplätze angewiesen und die Stadt besitzt das Land, auf dem die neuen Parkplätze idealerweise erstellt werden sollten. Klar ist, dass die Stadt Hand bieten muss, und klar ist auch, sie hat daran ein berechtigtes Interesse, denn die Angebote im Bereich Beherbergung und Gastronomie steigern die Attraktivität von Arbon als Tourismus- und Wohnort. Die Stadt hat anfänglich die richtigen Überlegungen gemacht und wollte dem Hotel Seegarten das Land im Rahmen eines Kommissionsvertrags zur Verfügung stellen. Dies macht grundsätzlich für beide Parteien Sinn. Die Stadt hat zwar geringere, aber dafür regelmässigere Einnahmen und bleibt Eigentümerin des Landes. Das Hotel erhält das Land zur Erstellung der Parkplätze und muss dafür keine grosse Investition stemmen. Es hat sich dann aber gezeigt, dass bei der Kommunikation zwischen dem Stadtrat und dem Hotel irgendetwas nicht zu funktionieren schien. Und doch Lukas Auer, ich meine, das darf man rügen. Erst am Tag, als das Geschäft im Mai 2016 zur Behandlung im Parlament anstand, hat das Hotel einen Rückzieher gemacht und wollte von diesem Konzessionsvertrag nichts mehr wissen. Auf Nachfrage in der Kommission, weshalb das Hotel denn nicht mehr an einem Konzessionsvertrag interessiert sei, konnte uns der Stadtpräsident dazu keine klare Antwort geben. Es gehe um Planungssicherheit, um die 30 Jahre, die zu kurz seien und einfach darum, dass das Hotel einen Verkauf bevorzuge. Nun ist es normalerweise so, dass reine Präferenzen in der Verhandlungsführung selten ein stichhaltiges Argument sind. Erst die direkte Nachfrage beim Rechtsvertreter des Hotels hat ergeben, wo der Schuh wirklich drückt. Es ging hauptsächlich um das Näherbaurecht für die Erstellung der angrenzenden Seminarräume, von dem im Konzessionsvertrag keine Rede war. Und ja, auch die zu kurze Konzessionsdauer wurde als Grund für den Rückzug genannt. Allerdings ist dies nicht ganz glaubwürdig, wenn man gleichzeitig die Bereitschaft zu einer Mietlösung signalisiert. Wie dem auch sei, ich meine, das ist lösbar, und zwar ganz einfach und ganz schnell. Der Stadtrat ändert den Konzessionsvertrag dahingehend ab, dass das Näherbaurecht gewährt wird und die Konzessionsdauer wenn nötig auf 50 Jahre erhöht wird, so wie dies bei den meisten Baurechtsverträgen der Fall ist. Der Stadtrat soll dem Hotel also bei diesen zwei wichtigen Vertragsbestandteilen entgegenkommen. Nicht aber beim Bodenwert oder der Zinsbindung an den variablen Hypothekarzinssatz, die vom Hotel als weiteren Grund für den Rückzug genannt wurden. Wie das Hotel so sollte auch der Stadtrat verhandeln, um schlussendlich die für beide Parteien beste Lösung zu finden. Mit Blick auf

kurzfristige ausserordentliche Erträge wird nun ein Verkauf angestrebt. Ja, wir brauchen dringend mehr Erträge, aber viel wichtiger als ein einmaliger ausserordentlicher wären langfristige, nachhaltige Erträge. Ich frage mich, wie viele unserer Stadträte tatsächlich über den Zeitraum der laufenden Legislatur hinausdenken. Die kurzfristige Perspektive scheint in jedem Fall zu überwiegen. Nun hört man immer wieder, das Land sei nicht von strategischer Bedeutung für Arbon. Ja natürlich, das ist so. Aber das ist noch lange kein Grund, das Land einfach zu verkaufen. Wer zurückblickt, für welchen Preis wir vor rund fünf Jahren hier die Parzelle 3391 an der Seestrasse an die Best Immo Invest AG verhökert haben, nämlich für rund CHF 325 pro Quadratmeter, der muss doch daran zweifeln, ob wir in der Vergangenheit beim Landverkauf jeweils die richtigen Entscheidungen getroffen haben. Ich auf jeden Fall würde einem solchen Deal sicherlich nicht mehr zustimmen. Und ich habe inzwischen von verschiedenen Kollegen aller Parteien dasselbe gehört. Wieso also sollten wir den gleichen Fehler noch einmal machen und uns, auch wenn der Preis diesmal höher ist, vielleicht schon in zehn Jahren wieder eingestehen müssen, dass wir für einmalige Erträge falsche Entscheidungen getroffen haben?

Das zweite Argument, das ich bei allen Diskussionen gehört habe, ist die Angst vor dem Wegzug resp. der Stilllegung des Hotels. Dieses Argument erinnert mich ein wenig an die Steuervorlagen auf nationaler Ebene. Auch dort wird immer versucht, Druck durch Angst aufzubauen, indem man das Schreckgespenst des Firmenwegzugs heraufbeschwört. Nun ja, so unbegründet wie die Angst jeweils bei den Steuervorlagen ist, so weit hergeholt ist sie auch diesmal. Denn nochmals, wir möchten das Land dem Hotel ja zur Verfügung stellen. Das Hotel Seegarten soll das benötigte Land erhalten, und zwar inklusive Näherbaurecht im Rahmen eines Konzessionsvertrags auf eine verlängerbare Konzessionsdauer von 50 Jahren. Es gibt also überhaupt keinen Grund für das Hotel, den Betrieb einzustellen, das ist völlig absurd. Und nein Max Gimmel, dieser Verkauf ist nicht nötig, um das langfristige Bestehen des Hotels zu sichern, denn das geht auch mit dem Konzessionsvertrag. Und ja Rudolf Daepf, es wäre fatal, wenn das Hotel wegen der Parkplätze gehen muss, das muss es nicht, es geht auch mit dem Konzessionsvertrag. Und ja Lukas Auer, wir können es uns nicht leisten, das Hotel zu verlieren, aber nochmals: Das geht auch mit einem Konzessionsvertrag. Mit Trotzreaktion hat das nichts zu tun, Trotzreaktion ist allenfalls, wenn man die Rechnung ablehnt, das hat mit einer langfristigen, vernünftigen Perspektive zu tun. Ich bitte Sie, im Interesse der Stadt eine vernünftige, nachhaltige Lösung zu wählen und dem Verkauf nicht zuzustimmen. Der Stadtrat kann sich dann sofort an die Abänderung des Konzessionsvertrags machen. Damit verzögert sich der Bau der Parkplätze keineswegs und beide Parteien profitieren von einer optimalen Lösung.

Max Gimmel, FDP/XMV: Nein Lukas Graf, ich kann deinem Votum so nicht zustimmen und kann es auch nicht so im Raum stehen lassen. Den Vergleich mit dem Immobiliengeschäft, über das wir 2011 abgestimmt haben, lasse ich in diesem Fall nicht zu, einfach aus dem Grund, weil das zwei völlig verschiedene Geschäftstypen sind. Darauf möchte ich pochen, dass wir uns bewusst sind, es geht um eine betriebliche Nutzung auf diesem Areal und nicht um eine statische Immobilie. Da wird gelebt, da wird auch gekämpft und das durch die zu den renommiertesten Gastronomen im Kanton Thurgau gehörende Familie Hasen. Mittlerweile sind zwei Generationen da drin und man darf ihnen nicht verübeln, dass sie auf Miete oder Pacht nicht eingehen, sondern eine unternehmerische Freiheit einfach benötigen. Was sie damit machen, sieht man in Egnach, und so schlecht scheint mir das nicht, da auch dort noch häufig Arboner anzutreffen sind. Ich möchte also nochmals unterstreichen, nicht das mit dem Immobiliengeschäft von 2011 zu vergleichen, das wir heute sicher alle unter einem

anderen Gesichtspunkt anschauen würden, als das damals der Fall gewesen ist, aber so ist es eben, man hat eine momentane Situation. In einem Unternehmen hat man eine Verantwortung, in der man reagieren können muss und diese Reaktionsfähigkeit meine ich, müssen wir mit Augenmaß den Verantwortlichen vom Hotel Seegarten überlassen.

Roland Schöni, SVP: Das Votum von linker Seite von Lukas Graf ist ein richtiger linker Neidkulturvortrag. Ich glaube nicht, dass die Seegarten AG nun auf einen Konzessionsvertrag einschwenkt, zumal sie ihn abgelehnt hat. Es auf Biegen und Brechen nun anzupassen, dass sie doch noch einschwenken, scheint mir ein hohes Risiko. Euch ist es offenbar egal, wenn das Hotel Seegarten zuginge. Man will alles behalten und doch will man von allem etwas haben. Ihr erhöht lieber die Steuern, als zum Gewerbe zu schauen. Das halte ich unter linke Neidkultur. Ich bitte euch, dem Verkauf zuzustimmen.

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich ärgere mich ein bisschen. Was hier passiert, nennt man auch Erpressung. Man tut so, als ginge es um die Frage Weiterführung des Hotelbetriebs oder sonst Einstellung des Betriebs. Aber darum geht es doch nicht. Niemand von uns ist interessiert daran, dass das Hotel den Betrieb einstellt. Wir sind alle interessiert an einer Weiterführung des Hotelbetriebs. Aber die Frage ist doch: Was spricht gegen einen verbesserten Konzessionsvertrag? Und auf diese Frage hat weder Roland Schöni noch Max Gimmel eine Antwort geben können. Alles, was das Hotel braucht, Parkplätze, Näherrabrecht, auch eine längere Nutzung von 50 Jahren und eine Erneuerung des Konzessionsvertrags ist möglich. Alles das können sie haben. Aber es ist aus städteplanerischer Sicht, aus strategischer Sicht, und zwar aus unserer Sicht – wir vertreten die städtische Sicht und nicht die Sicht der Hotel Seegarten AG – ein Konzessionsvertrag sinnvoller. Und wie es bereits Lukas Graf gesagt hat, auch aus finanzieller Sicht, weil wir langfristige Erträge haben. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen bzw. den Kommissionsantrag zu unterstützen und den Stadtrat zu beauftragen, einen verbesserten Konzessionsvertrag auszuarbeiten.

Roman Buff, CVP/EVP: Ich finde, jetzt müssen wir einfach Nägel mit Köpfen machen, damit das Geschäft nicht nochmals an den Stadtrat zurückgeht, trotz der auch guten Argumente bezüglich eines verbesserten Konzessionsvertrags. 1. Diese Parzelle hat für die Stadt keine strategische Bedeutung. 2. ist der Preis, den sie dabei löst, auch wenn er einmalig ist, mit gut CHF 500 sehr gut. Ich erinnere an Romanshorn, wo im Hafen Herr Hess das Hotel bauen will, was dort für Preise genannt wurden. 3. haben wir eine bedeutende Gastronomenfamilie, die ihr jetzt schon Partnerhotel – Seegarten ist ein Partnerhotel dieser Gastronomenfamilie – übernehmen will und damit die Zukunft als Familie und den Familienbetrieb sichern will. Was die in Egnach schon gemacht haben, Hut ab. Ich danke euch, wenn ihr diesem Verkauf zustimmt.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Es wurde ja mehrfach gesagt, dass Antworten gefehlt haben. Lukas Graf hat sie selbst aufgezählt. Das Problem ist nicht, dass sie gefehlt haben, sie haben nicht gefallen. Aber dann fehlen sie nicht.

Ich habe am 15. Juni nochmals ein Sicherheitsgespräch geführt, und zwar mit den heutigen Besitzern der Liegenschaft, Herrn Altherr mit dem aktuellen Betreiber, der Familie Hasen und dem zuständigen Rechtsanwalt Herrn Giuliani. Es ist klar, für die langfristige Entwicklung haben sie sich entschieden und es muss ein Verkauf sein. Sie können diese Botschaft auch zurückweisen, Sie werden dann einfach schriftlich dokumentiert erhalten, dass sich damit die Familie zurückziehen wird. Wenn man das genauer betrachtet, ist es auch klar. Nämlich so-

wohl die Bedingungen für den Konzessionsvertrag wie auch Mietbedingungen – ich weiss nicht, ob die SP das mal durchgerechnet hat. Das Angebot war CHF 25'000 für 50 Parkplätze. CHF 500'000 für die Erstellung und rund CHF 120'000 für die Installation von Schranke und Zählautomat, ein bisschen Unterhalt, das braucht im Jahr mit einer Amortisation auf 20 Jahre CHF 50'000. Das war ein Angebot, das kein Angebot sein kann. Der Konzessionsvertrag ist es ebenso nicht, weil die langfristige Familienunternehmung gesichert werden soll. Wir haben es gehört, strategisch auch auf langfristige Sicht nicht benötigtes Land, Angebote auf der touristischen und Arbeitsplatzebene und es geht um die Unterstützung eines lokalen Betriebs. Ich sage Ihnen jetzt etwas, ich habe vorhin von Wirtschaftsförderung gesprochen, das ist Wirtschaftsförderung. Und ich werde sehr genau schauen, wer sitzenbleibt, wenn es um den Verkauf geht, denn das sind Wirtschaftsverhinderer.

Fabio Telatin, SP-Gewerkschaften-Juso: Was hier Andreas Balg herüberbringt, ist meines Erachtens unter der Gürteleinie. Denn wir reden hier nicht von einem Restaurant, das geschlossen wird. Sondern wirklich hier reden wir über die Parkplätze, welche Bedingungen oder welche Bedingungen nicht. Ich werde nein stimmen, aber nicht weil ich das Restaurant geschlossen haben möchte, sondern ich möchte gern, dass das Land in unserem Besitz bleibt und dass das Restaurant aber auch die Möglichkeit hat, es zu mieten. Den Konzessionsvertrag habt ja ihr erarbeitet, also habt ihr schlecht gearbeitet. Wie du es gesagt hast, wir müssen es zuerst mal durchrechnen. Wie ich es herausgehört habe, hast du von Anfang an schon das Land verkaufen wollen, nichts anderes. Das hat nichts mit Verhinderern zu tun oder nicht. Jeder hat eine Meinung und unsere Meinung ist vielleicht eine andere als deine.

Abstimmung

Antrag Stadtrat (Verkauf)	19
Antrag vorberatende Kommission	8
Enthaltungen	1

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Auch hier besteht gemäss unserer Gemeindeordnung das fakultative Referendum und das Behördenreferendum. Wird ein Antrag gestellt auf das Behördenreferendum? – Das ist nicht der Fall. Ab Publikation wird das fakultative Referendum laufen, Unterschriften könnten gesammelt werden. Das Geschäft ist abgeschlossen, ich bedanke mich bei der Präsidentin der vorberatenden Kommission Christine Schuhwerk und allen Kommissionsmitgliedern für die gute Arbeit und allen für die engagierte Diskussion zu diesem Verkauf.

5. Motion „Attraktiver ÖV“, R. Erat, SP-Gewerkschaften-Juso

Beantwortung, Beratung, Beschlussfassung

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Die Motion „Attraktiver ÖV“ von Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso wurde am 24. Januar 2017 eingereicht; die Beantwortung des Stadtrats haben Sie mit den Unterlagen zur heutigen Sitzung erhalten.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Gern begründe ich und gern danke ich an dieser Stelle auch. Dass der ÖV ein bedeutender Standortfaktor ist, darüber herrscht Einigkeit. Dass sich seine Attraktivität aus verschiedenen Puzzleteilen zusammensetzt, ebenso. Dass sich dies zwangsläufig auch finanziell positiv auswirkt und auch in Bezug auf das Image po-

sitiv auswirkt, das ist unserem ÖV-Kostensystem eigen, denn es ist klar, Attraktivitätssteigerung führt zu mehr Fahrgästen. Dies bedeutet für den Unternehmer bessere Wirtschaftlichkeit und für die Stadt geringere Beiträge, also geringere Kosten. Die Antwort des Stadtrats zeugt hier von einer klaren Sicht auf die Faktoren und deren Zusammenspiel und einem Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft von Arbon. Die Situation der Infrastruktur und Bushaltestellen ist übersichtlich dargelegt und zeigt die Wartehäuschen und Fahrradständlerlücken auf. Dass nachfolgend Prioritäten gesetzt sind, ist sehr sinnvoll. Es soll ja nicht übertrieben werden und Unnützes gebaut werden. Der transparent aufgezeigte Weg über die Spezialfinanzierung macht zudem deutlich, dies können wir verwirklichen. Konkret: Dafür ist Geld da. Dem Stadtrat gebührt Dank, insbesondere auch weil hier auf ein Anliegen sachlich, transparent und auf Machbarkeit ausgerichtet eingegangen wurde, ÖV-Nutzerinnen und Nutzer profitieren können und Arbon selbst so auf einen Weg weitergeleitet dasteht, der eben zeigt: Wir kümmern uns um die Bevölkerung und um die Gäste, die hier sind, und wir können auch einiges tatsächlich realisieren. Alles nicht, aber dies. Der entsprechende Antrag der Stadt freut deshalb auch mehrfach.

Heinz Gygax, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion bedanke ich mich beim Stadtrat für die fristgerechte Beantwortung dieser Motion. Auch die SVP-Fraktion schliesst sich mehrheitlich der Meinung des Stadtrats an. Investitionen in einen attraktiven und gut funktionierenden ÖV wollen wir uns keineswegs verschliessen. Schon gar nicht, wenn es neben anderen wichtigen Verbindungen um die angeblich am besten rentierende Busverbindung der Schweiz geht, nämlich jene zwischen Arbon und St. Gallen. Wegen seiner eher peripheren Lage ist Arbon dringend auf eine gute Anbindung an die Nachbarstädte St. Gallen, Amriswil, Romanshorn usw. angewiesen. Dafür lohnt es sich, auch etwas zu investieren. Wenn wir den Langsamverkehr wirklich fördern wollen, brauchen wir zum Beispiel zeitgemässe Velounterstände, wo man das Fahrrad geordnet und sicher abstellen kann. Oder wer möchte schon den wartenden Fahrgästen einen gedeckten und beleuchteten Unterstand verwehren? Eine Mehrheit in unserer Fraktion ist der Meinung, das alles mache Sinn und sei ein gewinnbringender Schritt in Richtung Zukunft. Nach wie vor stören wir uns aber daran, dass auf den Strassen zu wenig Wert auf die Trennung zwischen ÖV und Individualverkehr gelegt wird. Autobusse, die an den Haltestellen auf der Strasse stoppen müssen, also keine Haltebucht zur Verfügung haben, blockieren den Verkehrsfluss erheblich und führen zu gefährlichen Überholmanövern. Die SVP legt weiter Wert auf eine massvolle Etappierung der Entnahme aus dem Spezialfinanzierungstopf. Es soll auch in Zukunft jederzeit bei dringenden Projekten darauf zurückgegriffen werden können. Wir begrüssen es ferner, wenn wie im vorliegenden Fall kostspielige Vorhaben vorgängig offen dargelegt und diskutiert werden können. In diesem Sinn ist die SVP-Fraktion mehrheitlich für Erheblicherklärung der Motion.

Remo Bass, CVP/EVP: Die Fraktion CVP/EVP unterstützt die Motion „Attraktiver ÖV“. Der ÖV nimmt an Bedeutung ständig zu. Wesentliche Verbesserungen betreffend Busangebot, Busbahnhof und Fahrplan sind schon erfolgt. Die logische Folge ist nun, die Infrastruktur der Haltestellen den jetzigen und zukünftigen Bedürfnissen anzupassen. Dazu gehören Unterstände bei den Haltestellen mit Sitzmöglichkeit. Dadurch gewinnt der ÖV in Arbon und Umgebung an Attraktivität.

Pascal Ackermann, SVP: Ich bekomme manchmal das Gefühl, wenn in Arbon irgendwo noch ein bisschen Geld vorhanden ist, muss es unbedingt ausgegeben werden. Ich sage nicht, dass eine solche Investition nicht sinnvoll ist, jedoch ist es der falsche Zeitpunkt. Im Moment ist die Stadt angehalten – der Stadtrat hat es vorhin selbst betont –, die Investitionen werden auf das Nötige beschränkt. Wenn diese Motion für erheblich erklärt wird, sendet das aus meiner Sicht falsche Signale. Zumal im Budget 2017 bereits ungefähr CHF 450'000 budgetiert sind für Ausgaben für die Ausstattung von Velounterständen zum Beispiel am

Bahnhof und allgemeine Ausstattung an Bushaltestellen in Arbon. Aus diesen Gründen werde ich gegen diese Motion stimmen.

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich danke der Motionärin für die Motion zum öffentlichen Verkehr. Auch der Stadtrat ist überzeugt, dass die immer grössere Mobilität unserer Gesellschaft mit einer verstärkten Benützung des öffentlichen Verkehrs abgeholt werden muss. Ich danke den verschiedenen Fraktionen für die positive Aufnahme der Antwort des Stadtrats auf diese Motion und ich versichere Ihnen, wenn Sie der Motion jetzt so zustimmen, wie sie angekündigt haben, dass wir umgehend daran gehen, die Situation für die Benutzerinnen und Benutzer der Busse nach St. Gallen oder nach Amriswil oder nach Romanshorn zu verbessern.

Abstimmung

Die Motion „Attraktiver ÖV“ wird mit 25 Ja gegen 3 Nein für erheblich erklärt.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich gehe aus Zeitgründen davon aus, dass Sie hier im Parlament einverstanden sind, dass dieses Geschäft jetzt zur Bearbeitung an den Stadtrat geht. Wir könnten es auch einer Kommission übertragen, aber ich gehe davon aus, dass Sinn und Zweck dieser Motion ist, dass sie am besten beim Stadtrat zur Bearbeitung und Umsetzung aufgehoben ist. Es sieht ja so aus, dass in den nächsten sechs Monaten – in dieser Frist muss der Stadtrat die Motion bearbeitet haben – diese Zusagen, die ja in der Antwort bereits enthalten sind, ins Budget einfließen und die Motion dann umgesetzt ist. Sind gegen die Zustellung an den Stadtrat Einwendungen? – Das ist nicht der Fall.

6. Interpellation „Job-Coach für erwerbslose junge Arboner“, U. Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso Beantwortung

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Die Interpellation „Job-Coach für erwerbslose junge Arboner“ wurde am 21. März 2017 eingereicht durch Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso. Zuerst hat gemäss unserem Geschäftsreglement der Interpellant Zeit für eine kurze Stellungnahme, ob er mit der Antwort des Stadtrats einverstanden ist und ob er Diskussion wünscht oder nicht.

Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso: Meine Interpellation „Job-Coach für junge Arboner Erwerbslose“ hat einiges Echo ausgelöst. Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Beantwortung der gestellten Fragen. Ich persönlich habe den Eindruck, dass das Sozialwesen heute in Arbon grundsätzlich solid aufgestellt ist und mit den Mitteln auch sorgfältig umgegangen wird. Auch das Dock leistet gewiss gute Arbeit, und vielen wird damit substanzell geholfen. Gute Arbeit ist stets auch Ansporn, noch besser zu werden. Potenzial nach oben gibt es doch immer. Unsere sich rasch drehende Welt verändert sich ständig, gerade auch in der Arbeitswelt. So konnten Sie erst vergangene Woche in der Zeitung lesen, dass es im Thurgau zurzeit noch immer viele unbesetzte Lehrstellen gibt, während die meisten Schulabgänger bereits schon eine Anschlusslösung gefunden haben. Noch vor wenigen Jahren war das ganz anders. Da eröffnen sich zumindest neue Chancen, oder nicht? Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass der Einstieg ins Berufsleben bei einigen jungen Menschen ein sehr zäher Prozess ist. Und es bedarf mühseliger und teilweise auch aufreibender mehrjähriger Knochenarbeit, diese jungen Menschen zu begleiten, bis sie gelernt haben, auf eigenen Füßen zu stehen. Wer aber leistet diese Aufgabe? Und wann ist dafür der richtige Zeit-

punkt? Die Gefahr ist gross, dass Jugendliche zwischen Stuhl und Bank fallen und wertvolle Zeit ungenutzt verstreicht, bis überhaupt jemand auf ihre Situation aufmerksam wird. Ist es nicht so, dass das Dock erst relativ spät zum Zug kommt und dann bereits schon viele Züge abgefahren sind und die Mutlosigkeit schon tiefe Wurzeln treiben konnte? Die Schule ist nämlich nach dem Schulaustritt nicht mehr zuständig und das Sozialwesen greift erst nach einer Anmeldung. Bedenken Sie, dass die Chance, den verpassten Einstieg doch noch zu finden, mit jedem Tag schwindet. Während dieser untätigen Zeit lauern Gefahren wie zum Beispiel Alkohol, Drogen oder auch Kriminalität. Eine sinnstiftende Aufgabe ist in unserer Gesellschaft für den Selbstwert eines jeden Menschen zentral wichtig. Wir sollten bei dieser Thematik ganz genau hinsehen. Es geht um junge Menschen, welche ihr Leben noch vor sich haben. Es geht schon im Einzelfall auch um viel Geld, welches die Allgemeinheit berappen muss oder eben nicht. Ich beantrage eine Diskussion und bitte Sie um Zustimmung.

Abstimmung

Der Diskussion wird mit 20 Ja gegen 7 Nein bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Urs Schwarz, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich habe es bereits angesprochen. Für manche Jugendliche ist der Einstieg in die Erwerbsarbeit eine sehr grosse Herausforderung. Die meisten guten oder mittelmässigen Schüler finden selbst ihren Weg. Meine persönliche Erfahrung ist, ich war mehrere Jahre lang Klassenlehrer in Kleinklassen auf der Sekundarstufe, dass auch die kognitiv schwächsten Schüler Erfolg haben, wenn sie denn motiviert sind und auch eine gute Arbeitshaltung zeigen. Aber wenn sich zu den schwachen Schulleistungen noch eine schlechte Arbeitshaltung und Demotivation gesellen, dann wird das wirklich sehr schwierig. Diese Schwierigkeiten zeichnen sich bereits Jahre vor dem Schulende ab. Nicht bei allen fruchten die Bemühungen der Schule nachhaltig. Zwar finden die meisten mit Ach und Krach eine Lehrstelle oder nützen zumindest das Brückenangebot. Halbherzig eingegangene Lehrverhältnisse werden aber bald wieder abgebrochen. Weitere Versuche misslingen möglicherweise ebenso. Die hocken dann zuhause den Eltern auf der Pelle oder sie lümmeln auf der Strasse herum und kommen auf ganz originelle Ideen, um ihre Zeit totzuschlagen. Möglicherweise jobben sie dann vielleicht temporär, um ebenfalls temporär über die Runden zu kommen - mehr schlecht denn recht. Aber sie machen keine Lehre und landen früher oder später auf dem Sozialamt. 20 Jahre alt und schon Sozialhilfebezüger? Fauler Hund, Nichtsnutz, Schmarotzer – das Urteil ist schnell gemacht. Nur das hilft niemandem und löst das Problem keineswegs. Weder für die Betroffenen selbst noch für die Gesellschaft, welche dafür aufkommen muss. Eine andere moderne Schiene ist das Abdriften in die sogenannte psychische Beeinträchtigung und damit in die IV. Noch nie gab es so viele junge Menschen mit psychischen Problemen, Tendenz immer noch steigend. Wie würde es uns denn ergehen, wenn wir wochen- und monatelang nur rumsitzen und niemand uns braucht? Sucht man nach Ursachen für die Probleme, so kommen diese in der Regel nicht von ungefähr und liegen häufig in einem problembehafteten häuslichen Umfeld und Eltern, welche ihren Nachwuchs nicht wirklich unterstützen können. Nicht alle hatten gute Karten bei ihrem Start ins Leben, und das hat nachhaltige Konsequenzen. Was brauchen denn diese beim Einstieg ins Berufsleben strauchelnden jungen Menschen? Sie brauchen jemanden, der sie frühzeitig auffängt, sie mit Konsequenz liebevoll und verbindlich führt. So lange, bis sie gelernt haben, definitiv auf eigenen Füssen zu stehen. Sie brauchen jemanden, der sie mit der Haltung begleitet: „He, auch du kannst etwas! Du hast Fähigkeiten und Potenzial. Mach gefälligst was draus. Du packst das jetzt.“ Ganz wichtig ist, dass eine Intervention unmittelbar dann einsetzt, wenn die Probleme auftreten. Nicht erst nach monate- oder jahrelangem Straucheln und Nichtstun. Ist das heute in Arbon schon gewährleistet? Wirklich? Gibt es ein Frühwarnsystem und ein Netz, das Jugendliche in der kritischen Zeit auffängt und hilfreich bei der Hand nimmt? Dass das Jugendprogramm der Dock AG im Jahr 2016 von 21 Abschlüssen neun junge Menschen in die Erwerbsarbeit zurück oder in die Lehre geführt

hat, ist ein schöner Erfolg. Mich aber interessieren auch die neun jungen Menschen, bei welchen die Massnahmen abgebrochen wurden. Was waren denn die Gründe für den Abbruch? Und was ist zuvor, früher falsch gelaufen und wie könnte man denn auch schon früher die Weichen besser stellen? Und was passiert denn nach einem Misserfolg beim Jugendprogramm im Dock? Der Job-Coach, so wie ich ihn mir vorstelle, setzt lange vor dem Dock an, greift dann ein, wenn es brennt, aber noch kein Flächenbrand herrscht oder schon vieles angebrannt ist. Er muss frühzeitig informiert sein über fehlende Anschlusslösungen, Lehrabbrüche oder andere schwierige Situationen, um kurzfristig intervenieren zu können. Er müsste meiner Ansicht nach nicht alle aufwendigen Begleitungen selbst machen, aber die wichtige Koordination und Kontrollfunktionen übernehmen, damit niemand zwischen Stuhl und Bank fällt. Bereits heute gibt es viele gute Angebote und Massnahmen wie zum Beispiel das Mentoring des Thurgauer Gewerbeverbands, welches leider aber auch für Problemjugendliche mit dem Finden einer Lehrstelle endet. Was fehlt, ist eine Koordinationsstelle, welche alle Angebote und Massnahmen sinnvoll vernetzt und koordiniert, sodass keiner unbemerkt durch die Maschen fallen kann. Was kostet die Gesellschaft ein einziger junger Mensch, welcher den Einstieg in die Erwerbsarbeit mit 20 nicht schafft und bis 65 sozialhilfeabhängig bleibt? Bei den heute geltenden Ansätzen der Sozialhilfe ergibt sich daraus der stolze Gesamtbetrag von mindestens CHF 1'122'000. Dieser Betrag steigt nochmals markant, wenn der Betreffende krank oder gar kriminell wird. Diese einfache Rechnung führt uns vor Augen, dass sich ein engagierter Job-Coach auch in finanzieller Hinsicht für die Gemeinde bald einmal lohnen könnte. An dieser Stelle möchte ich auch in Erinnerung rufen, dass sowohl die Betriebsanalyse Sozialamt aus dem Jahr 2014 sowie der Bericht Ritz in 2015 eine Intensivierung der Bemühungen um Integration in den ersten Arbeitsmarkt genau für diese Zielgruppe der jungen Klienten in Form verstärkten Job-Coachings anregen. Ich persönlich bleibe also bei der Ansicht, dass die Stadt Arbon das Potenzial für einen Arboner Job-Coach für erwerbslose junge Arboner näher prüfen sollte. Ein Job-Coach in Ergänzung zum Dock, der frühzeitig und niederschwellig und auch unkompliziert intervenieren kann und die Situation auch längerfristig im Auge behält. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Peter Künzi, FDP/XMV: Um das Fazit vorwegzunehmen, die Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat hat mich persönlich nicht überzeugt und auch ein längeres Gespräch mit dem zuständigen Stadtrat Hans-Ulrich Züllig vermochte dies nicht. „Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt spart Kosten auf verschiedenen Ebenen und ermöglicht den Betroffenen ein menschenwürdiges, sinnstiftendes und sozial eingebettetes Leben. Nicht nur der persönliche und institutionelle Nutzen, sondern auch der volkswirtschaftliche Nutzen einer im Arbeitsprozess stehenden Person ist von bedeutender Relevanz.“ Dies sind nicht etwa meine eigenen Worte. Nein, es ist das Fazit der Stadt Kreuzlingen zu ihrem Konzept Job-Coach. Der Stadtrat Arbon betont nun in seiner Beantwortung der Interpellation, dass die Implementierung eines Job-Coachs nicht in Erwägung gezogen werden soll, dies unter anderem mit der Begründung, dass ja in Arbon bereits Job-Coaching betrieben werde. Es liegt mir nun fern, die Zitat Ritz-Bericht „mustergültige Arbeit der Abteilung Soziales“ in Zweifel zu ziehen. Vielmehr stehe ich hinter dieser Aussage und bin auch hocherfreut darüber, dass bezüglich kantonalem Lastenausgleich ein erster kleiner Quantensprung gelungen ist und weitere hoffentlich ebenso erfolgreiche Schritte in diese Richtung folgen sollen. Aber in jeder auch noch so erfolgreich agierenden und bestens aufgestellten Firma soll und muss der KVP, der sogenannte kontinuierliche Verbesserungsprozess gelebt werden, um bspw. Stillstand zu vermeiden oder eben um vorhandenes Optimierungspotenzial auch tatsächlich auszuschöpfen. Unter diesem Aspekt betrachtet hätte ich vom Stadtrat zumindest eine Antwort erwartet, aus der klar hervorgeht, dass zum Thema Job-Coach weitere Fakten wie bspw. Erfahrungsberichte, Kosten-Nutzen-Gleiche etc. beschafft und analysiert werden sollen, um anschliessend einen fundierten Entscheid fällen zu können. Dies ist leider nicht der Fall und so gesehen kann man auch von einer verpassten Chance sprechen. Deshalb bin ich persönlich überzeugt davon, dass mit der heutigen Beantwortung und Diskussion der Interpellation das Geschäft zwar vorderhand abgeschlossen, aber bezüglich Job-Coach in Arbon noch nicht das letzte Wort gesprochen sein wird.

Lukas Auer, CVP/EVP: Ich danke Urs Schwarz für diese Interpellation. Die CVP/EVP ist hier klar einstimmig deiner Meinung. Die Erziehung fängt bei der Muttermilch an. Ich kann Ihnen nur eins sagen, ich weiss es selber. Ich hatte einen Vater, den habe ich immer noch, der hat mich gedrängt, der hat mich motiviert, eine Lehre abzuschliessen. Ich habe sie zwar in der Gastronomie gemacht, das war nicht so sein Wunsch, aber ich habe immerhin eine Ausbildung abgeschlossen. Ich arbeite in einem Temporärbüro, ich vermitte Arbeitskräfte. Von 20 Dossiers, die ich bekomme, haben sieben Schweizer oder Schweizerinnen entweder die Ausbildung abgebrochen, gar keine Ausbildung gemacht oder man sieht schon, sie kommen vom Dock, sie kommen vom Kompass. Ich kann Ihnen eins sagen, was ich mit diesen Bewerbungen mache, ich lasse sie durch den Schredder. Nicht weil ich diesen jungen Menschen nicht helfen möchte, mir geht es auch nicht darum, ob dieser Maler die Wand streichen kann. Mir geht es darum, ob er überhaupt zur Arbeit geht. Ich kann Ihnen eins sagen: Das ist unser Problem. Wenn die Jungen – ich bin selber noch jung – das nicht zuhause oder in der Schule lernen oder durch die Lehre irgendwie den Arsch hochkriegen, haben wir Probleme. Dieser Job-Coach könnte viele kleine Probleme bei den jungen Menschen wegnehmen und diese fördern, sie gezielt fördern. Das Dock macht eine wunderbare Arbeit, das will ich gar nicht infrage stellen, sie haben auch dort ein Förderprogramm für junge Menschen, aber es reicht einfach nicht, weil wir immer mehr junge Menschen haben, die uns durch die Maschen fallen, die uns nachher auf den Kosten liegen. Und wir reden hier nicht von fünf Jahren Arbeit, sondern von 40 Jahren. 40 Jahre Arbeit, wo wir zahlen müssen, wenn sie ihren Hintern nicht hochkriegen. Und da müssen wir uns doch schon mal überlegen, ist es uns nicht so ein Job-Coach wert, der gezielte Problemfälle früher abholt in der Zusammenarbeit mit den Schulen? Ich denke ja, er muss es uns wert sein. Wer bezahlt dann die Jungen? Wir. Wir geben ihnen schon eine Perspektive, aber wir müssen vielleicht ein bisschen härter sein zu diesen jungen Menschen, und mit einem Job-Coach können wir das gezielt machen.

Astrid Straub, SVP: Wir, die SVP-Fraktion, haben die Diskussion abgelehnt. Ich werde für unsere Fraktion aber gern Stellung beziehen und die Gründe zur Ablehnung erläutern. Die Interpellation wurde vom Stadtrat vollumfänglich beantwortet. Wir sind mit der Beantwortung zufrieden.

„Der Einstieg ins Erwerbsleben ist oft schwierig und mühsam. Es gibt Jugendliche, die die Anforderungen von Ausbildungen oder Arbeitsstellen auch nach mehreren Anläufen nicht erfüllen. Hier setzt unser Jugendprojekt an.“ So beginnt die Einleitung auf der Homepage bei der Dock AG Arbon. Das zugeschnittene Stufenmodell für Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren beinhaltet das von Urs Schwarz geforderte Job-Coaching. Den Jugendlichen wird dort beigebracht, in massgeschneiderten Schritten stufenweise sich in der Arbeitswelt zu bewegen. Doppelspurigkeit bringt keine Lösung, sondern intern könnte man mit der Sozialfirma Dock AG intensiveren Kontakt mit den jungen Langzeitarbeitslosen oder schwächer gestellten Jugendlichen halten. Forderungen auch an die jungen Leute stellen, dass es Pflicht wird, nicht nur einmal im Monat vorbeizuschauen, sondern einmal in der Woche, die Bewerbungsunterlagen auf dem Laufenden gehalten werden müssen. Ein besseres Verhältnis zu den Klienten wäre dann natürlich zwingend, um die Nöte rechtzeitig zu erkennen. Intensiver noch mit dem Netzwerk und Partnern zusammenarbeiten und Neue mit ins Boot nehmen. Die Ressourcen müssten an Ort und Stelle überprüft und Lösungsansätze geboten werden. Sollte die Dock AG nicht alles unternehmen, was machbar ist? Das wären Vorschläge, welche zu einem neuen Konzept führen könnten. Wieso nochmals eine zusätzliche Stelle im Verwaltungswesen fordern, wenn das Auffangbecken bereits gegeben ist? Zusätzliche Kosten verursachen, da eine neue Stelle geschaffen werden muss, was nicht vonnöten ist. Wir reden von Sparmassnahmen, Defiziten, wie auch am heutigen Abend. Hier könnte ein weiterer Schritt gemacht werden, um nicht noch mehr Verwaltungskosten zu verursachen. Die Stadt Kreuzlingen mit Arbon zu vergleichen, ist fehl am Platz. Kreuzlingen verfügt über keine Sozialfirma oder Stiftung, wie das Arbon vorzuweisen hat mit dem Dock. Die

Stadt Arbon verfügt über eine andere Struktur als Kreuzlingen oder gar Amriswil. Hier kann mir sicher der zuständige Ressortleiter noch Antwort geben, was denn eine neue Organisation, sprich Job-Coach in Arbon für eine Kostenfolge aufweisen würde oder Kosteneinsparungen hätte bei einer Kostenverlagerung vom Dock. Die SVP-Fraktion spricht sich einstimmig, klar und deutlich gegen eine unnötige, kostenspielende Erschaffung einer Job-Coach-Stelle aus, weil die nötigen Rahmenbedingungen gegeben sind.

Stadtrat Hans-Ulrich Züllig, FDP: Lieber Urs Schwarz und Lukas Auer, Sie haben ja alle noch so recht mit Ihrer Einschätzung. Deshalb sagt der Stadtrat nicht Nein zum Coaching, wie das im Tagblatt vom letzten Samstag in grosser Aufmachung suggeriert wurde. Der Stadtrat sagt nämlich ausdrücklich ja klar. Und dies seit mehreren Jahren. Individuelle Fallführung ist seit Jahren ein wesentliches Element der wirtschaftlichen Sozialhilfe mit einem besonderen Betreuungsprogramm für junge Erwachsene, Astrid Straub hat darauf hingewiesen. Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Geschichte unserer Stadt hat das Sozialamt schon vor Jahren dazu gebracht, dass man Abläufe und Angebote den besonderen und individuellen Bedürfnissen der Klientel immer wieder nach neuen Erkenntnissen und Gegebenheiten angepasst hat. Qualitätsmanagement oder KVP, wie es andernorts genannt wurde, ist im Sozialamt Arbon Programm und ein rollender Prozess. Der Stadtrat hat grosses Verständnis für eine Verunsicherung, ja gar einen steigenden Unmut der Bevölkerung gegenüber einer zunehmend komplexen Materie, leisten doch die Steuerzahler dieser Stadt einen überproportionalen Beitrag für eine überregionale gesellschaftliche Aufgabe. In jüngster Zeit sind vermehrt Schlagworte wie Case-Management oder eben Job-Coaching aufgetaucht. Der Stadtrat steht solchen auf den ersten Blick patenten Lösungen stets offen, aber auch kritisch gegenüber. Dies nicht nur, weil diese Begriffe sehr technokratisch kühl daherkommen und damit dem Wesen des Auftrags des Sozialamts diametral entgegenlaufen, sondern und insbesondere, weil sie die komplexe Thematik nur an der offensichtlich erkennbaren Oberfläche angeht. Diese Rezepte, so populär sie daherkommen, setzen schwerpunktmäßig am Symptom, nicht aber an der Ursache an. Sie suggerieren, man müsse nur die richtigen Managementmethoden anwenden, da und dort am richtigen Schräubchen drehen oder professionell coachen und dann würden sich die grossen Erfolge schon einstellen bzw. die Kosten nach unten purzeln. Dass sich die Realität im Sozialdienst nicht einfach so darstellt, möchte ich Ihnen an einem Beispiel näherbringen.

Der Stadtrat und das Sozialamt pflegen regelmässigen Austausch mit Institutionen im Umfeld der Sozialhilfe, so zum Beispiel der Stiftung Zukunft in Weinfelden. Diese Institution betreut Menschen, die unmittelbar aus dem ersten Arbeitsmarkt entlassen wieder den Einstieg in diesen finden sollen. Zuweiser sind vor allem die sogenannten Erstzuweiser, also zum Beispiel die regionalen Arbeitsvermittlungssämler. Diese Einrichtung verfügt über modernste Infrastrukturen und Mitarbeitende aller Disziplinen, welche sich professionell um die Wiedereingliederung ihrer Klientel bemühen. Auf die Frage nach der Wiedereingliederungsquote bestätigte uns der Geschäftsführer einen Wert von sage und schreibe 47 %, ein im Vergleich zum Sozialamt bzw. dem Dock grossartiger Wert. Nur frage ich Sie: Wo verbleiben die anderen 53 % der Menschen, welche nach rund eineinhalb Jahren intensiver Unterstützung und Begleitung die Wiedereingliederung nicht geschafft haben? Sie werden ausgesteuert – noch so eine technokratische Abqualifikation – der Sozialhilfe der Gemeinden zugewiesen. Und diese sollen es dann richten. Mit einem weiteren staatlichen Job-Coaching, diesmal auf der nachgelagerten Stufe der Sozialhilfe. Wie stellt sich also das Job-Coaching im Kontext des Arboner Modells dar? Mit der Kooperation Dock hat das Sozialamt Arbon einen neuen, auf eine ganzheitliche Strategie ausgerichteten Weg eingeschlagen. Das Dock schafft Arbeitsplätze und es verschafft Arbeitsplätze und es begleitet die Klientel in ein Leben in grösstmöglicher Eigenständigkeit. Es schafft Arbeitsplätze, indem es Aufträge akquiriert, welche sonst in Billiglohnländer abwandern würden und es verschafft Arbeitsplätze für Arbeiten, welche in der Realwirtschaft verwendet werden. Mit dem Ziel, der Restarbeitsfähigkeit der Klienten optimal entgegenzukommen, ist die Angebotspalette des Docks in jüngster Vergangenheit stetig ausgebaut worden. Dies in enger und konstruktiver Zusammenarbeit mit den Sozial-

partnern, der Arbeitgebervereinigung und der Dock-Führer. Beispiele dazu wären: Seit rund zwei Jahren können Temporärjobs im ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Im sogenannten Job-Pool übernimmt das Dock das Personalmanagement für Kundendienstleistungen und im Jugendprojekt erfahren jüngere Arbeitslose spezielle Unterstützung und Begleitung. Und als neueste Errungenschaft für die zweite Hälfte dieses Jahres wird es möglich sein, eine Ganztagesbeschäftigung anzubieten, ein ganz wesentlicher Ausbau des Versorgungsangebots. Ein entscheidender Vorteil der Begleitung der Klienten über das Dock liegt im hohen Wirkungsgrad, indem in engem Bezug mit den Verantwortlichen des Sozialamts die Eignung der Klienten aus der täglichen Zusammenarbeit gut eingeschätzt werden kann. Und sollten sich Schwierigkeiten oder gar Rückfälle einstellen, können die betroffenen Personen unmittelbar wieder in den geschützten Rahmen der Dock Arbeitsstätten zurückgeführt werden. Durch dieses Konzept wird widersinnigen Abläufen entgegengewirkt. Erst Vermittlung. Vermittelt ist schnell. Was heisst Vermittlung? Ein Monat, drei Monate, ein Jahr und dann wieder rückfällig? Eine Freistellung wegen fehlender Konstanz und dann wieder Anmeldung beim Sozialamt? Was dann bleibt, ist Frust beim Arbeitgeber, erneuter Rückschlag für den Klienten und Zusatzarbeit beim Sozialamt. Dass dies die Realität ist, zeigt der Umstand, dass es dafür im Fachjargon sogar einen Begriff gibt, nämlich den sogenannten Drehtürefekt.

Der Stadtrat hat nicht nur wegen des Kostendrucks von einer Erhöhung des Stellenetats für spezialisiertes Job-Coaching bewusst abgesehen, er erachtet Job-Coaching als Teil des Auftrags auch der politischen Führung. Zentrales Element bildet dabei die Stärkung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Arbeitgebervereinigung. Dieses direkte Engagement hilft dem gegenseitigen Verständnis und damit der Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für Menschen in ausserordentlichen Lebensumständen. Der Stadtrat wird weiterhin auf das Modell Arbon und damit auf seine Kooperationsstrategie mit der Dock-Gruppe setzen, welche sich in jüngster Zeit zu einer nationalen Grösse entwickelt hat. Und gestatten Sie mir noch eine abschliessende Bemerkung: Technokratische Methoden sind zwar verlockend und die Früchte in Nachbars Garten sind bekannterweise immer süsser. Jedoch kann man Verantwortung nicht einfach immer so delegieren. Letztendlich ist Job-Coaching unser aller Auftrag und wir alle können aktiv zur Verbesserung der Reintegrationsbemühungen beitragen, indem wir der zunehmenden Ausgrenzung entgegenwirken, zum Beispiel indem wir nicht jede Schlagzeile gleich für bare Münze nehmen. Der Stadtrat bittet Sie um Ihre Unterstützung im weiteren Ausbau seiner Strategie. Er steht Ihnen für Auskünfte jederzeit sehr gern zur Verfügung, dankt Ihnen für Ihr Vertrauen in seine Arbeit.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Ich gehe davon aus, die Diskussion ist erschöpft, sie wurde ausgiebig geführt. Der Auftrag des persönlichen Vorstosses ist erfüllt, das Traktandum erledigt. Aus Zeitgründen überspringen wir das Traktandum 7, wir haben dann immer noch drei Traktanden vor uns, Fragerunde, Information Stadtrat und Verabschiedung Roman Buff.

8. Fragerunde

Lukas Auer, CVP/EVP: Meine Frage betrifft das Restaurant Seestube. Die Stadt hat erneut eine Baustelle in ihrem Gastronomieportefeuille. Die Betreiber des Restaurants Seestube beim Seeparksaal haben den Bettel hingeworfen. Dies war der Titel der Thurgauer Zeitung online vom 6. Juni 2017. Meine Fragen dazu:

1. Wie stellt sich die Kommission zusammen, um einen neuen Pächter oder eine neue Pächterin zu finden?
2. Wie lange wird der Stadtrat gedenken, um eine neue optimale Lösung zu finden?
3. Wie viele gesamte Mindereinnahmen aller Konten hat das ganze Spiel die Stadt gekostet seit dem Weggang von Pächter Martin Brühweiler?

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Betreiber der Seestube haben den Bettel nicht hingeworfen, sondern die Betreiber der Seestube haben uns mitgeteilt, dass sie per Ende Jahr 2017 nicht mehr hier arbeiten möchten. Darauf hat eine Kommission oder eine Arbeitsgruppe bestehend aus dem zuständigen Abteilungsleiter neu Alexander Stojkovic, Remo Tambini, dem Chef der Bauverwaltung, Josef Müller-Tschirky, einem ausgewiesenen Gastrofachmann und mir als zuständigem Stadtrat umgehend den Ball aufgenommen und besprochen, wie wir weiter vorgehen wollen. Ich kann dir heute sagen, dass ich heute Mittag das Inserat, das kommende Woche erscheinen soll, für in Ordnung befunden habe. Eingabefrist für neue Bewerber für das Restaurant hier beim Seeparksaal ist der 1. August. Die nächste Sitzung der vorgenannten Arbeitsgruppe ist, wenn ich mich richtig erinnere, auf den 6. August geplant, um dann die Bewerbungen durchzusehen und erste Bewerbungsge- spräche zu führen.

Punkt 3 Mindereinnahmen: Martin Brühweiler hat Ende September 2015 das Restaurant verlassen, die Event AG, die jetzt das Restaurant führt, hat am 1. Juli 2016 das Lokal übernommen, dazwischen liegen neun Monate. Martin Brühweiler hat jeweils einen monatlichen Zins von CHF 2'500 bezahlt, $9 \times 2'500 = \text{CHF } 22'500$. Ich danke für das Interesse an unse- ren Gastrobetrieben und freue mich übrigens, wenn ich Sie ab und zu antreffe bei einem Bier oder einem Essen hier in der Seestube oder auf der Terrasse des Strandbads.

Remo Bass, CVP/EVP: Metropol: Im Herbst 2016 hatte der Stadtrat bereits von zwei Gut- achtern Analysen erstellen lassen über Schutzwürdigkeit Metropol. Dann folgte von einem Obergutachter eine Analyse über schützenswert ja oder nein. Es resultierte daraus, dass das Hotel in diesem Zustand nicht betrieben werden dürfe, sei aber erhaltenswert. Wie hoch waren die Kosten und von wem wurden sie bezahlt? Nun wieder neue umfassende Abklärungen. Umfassende Abklärungen Hotel Metropol, dies war der Titel der Medienmitteilung, die uns Parlamentariern im Mail vom 20. Juni zugestellt wurde und ähnlich auch in der Presse erschienen ist. Meine Fragen:

Warum wurden nicht schon bei der Erstellung der ersten Analysen komplette Abklärungen getroffen?

Was stimmt nun, die Medienmitteilung, die uns Parlamentarier per E-Mail am 20. Juni 2017 zugestellt wurde, worin steht, dass die Kosten für die Erarbeitung aller drei Studien die HRS Real Estate AG trägt, oder die Pressemitteilung vom 23. Juni, worin dem Leser mitgeteilt wird, dass die Kosten die Stadt trägt?

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Warum überhaupt der ganze Aufwand ums Metropol? Das wurde zwar nicht gefragt, ist mir aber wichtig zu sagen. Weil es sich um einen Standort mit besonderen Qualitäten handelt und da bin ich sicher, gehen Sie einig mit mir, weil es für unsere Stadt wichtig ist, welche Nutzung und welche Dichte dort realisiert wird oder werden kann, weil es für den Heimatschutz, den Investor und unsere Stadt um sehr viel geht. Volks- wirtschaftlich und über die Lebenszeit eines neuen Projekts gerechnet sind es sehr bedeu- tende Beträge im zwei- oder sogar dreistelligen Millionenbereich. Und weil das öffentliche Interesse gross und kontrovers ist. Warum hat man nicht alle Analysen gleichzeitig in Auftrag gegeben? Weil es sich bei den Abklärungen um einen Prozess handelt, welcher mit zuneh- menden Detailinformationen weitere relevante Fragestellungen ergeben hat. Zu den Kosten gebe ich Ihnen drei Antworten: Die erste, die zum aktuellen Zeitpunkt korrekte und eher zu- rückhaltende Antwort: Die Kosten für die verschiedenen Gutachten werden vorerst von der Stadt übernommen. Das hat auch die Thurgauer Zeitung so formuliert. Die detaillierte Ant- wort: Gemäss Beitrags-, Gebühren- und Abgabenreglement der Stadt Art. 51 und insbeson- dere dann Anhang 5 Baubewilligungsgebühren 5.1 Baubegehren Abs. Spezielle Aufwendun- gen steht: „Gutachten und Expertisen sind nach Aufwand als Barauslage direkt verrechen- bar.“ Jetzt stellt sich noch die Frage, an wen verrechenbar. Da gibt Art. 52 Auskunft. „Diese

Beträge sind vom Grundeigentümer bzw. den Bauberechtigten des Grundstücks zum Zeitpunkt der Baubewilligung geschuldet.“ Zurzeit ist dies HRS. Daraus ergibt sich die dritte Antwort, eher Stammtisch oder populistisch: "Da muess d'HRS zahle". Das ist zwar nicht ganz korrekt, aber eben auch nicht ganz falsch.

Rudolf Daep, SVP: Geplante Einbahnföhrung für Lastwagen in Roggwil Hubgasse: Ist der Stadtrat positiv eingestellt zur geplanten neuen Einbahnföhrung? Ist dieses Vorgehen auch im Sinn der Stadt Arbon? Werden oder wurden die Planungsarbeiten koordiniert, damit für beide Seiten die bestmögliche Lösung gefunden werden kann? Kann dies durch eine gute Kommunikation erreicht werden? Gedenkt der Stadtrat, Einsprache zu machen oder dies in Verhandlungen zu regeln? Wir danken für die Beantwortung dieser Fragen.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Über die Verkehrsföhrung Hubgasse habe ich bereits an der Parlamentssitzung vom 23. Mai 2017 informiert, und bitte beachten Sie auch die damals gemachten Aussagen, sie sind alle noch korrekt. Zusätzlich kann man auch dem Felix vom 9. Juni die entsprechenden weiteren Ergänzungen entnehmen. Auch diese sind noch korrekt. Der Stadtrat, und das habe ich bereits erwähnt, wurde von Roggwil bzw. vom Kanton über die möglichen Varianten informiert. Wir gehen nach wie vor davon aus, dass die Fahrt für LKWs von Arbon Süd nach Roggwil möglich bleibt. Wir wissen aber nicht abschliessend, was genau aufgelegt wird, denn es wurden verschiedenste Varianten diskutiert und Details aufgezeigt. Wir wissen auch nicht, wer auflegt. Da es sich bei der Hubgasse um eine Kantonsstrasse handelt, können sowohl Gemeinde wie auch Kanton auflegen. Und es ist nur seriös, wenn wir unsere Stellungnahme erst dann abgeben, wenn die Auflage erfolgt ist. Es handelt sich dabei auch nicht um ein Auflageverfahren mit Einsprache, sondern um ein zweistufiges Verfahren, nämlich in der ersten Stufe werden Einwendungen gesammelt, dann allenfalls optimiert und erst dann erneut aufgelegt für die Einsprache. Wir gehen davon aus, dass nach den Sommerferien aufgelegt wird. Grundsätzlich versuchen wir, unsere Nachbarn und den Kanton in ihren Vorhaben zu unterstützen. Die Nachbargemeinden informieren sich auch regelmässig über entsprechende Planungen, und da es sich in diesem Fall um eine Kantonsstrasse handelt, wird die übergeordnete Sicht zusätzlich vom Kanton wahrgenommen. Die formellen Prozesse sind so konzipiert, dass damit die bestmögliche Lösung gefunden werden kann. Die Kommunikation ist ein Werkzeug, letztlich bestimmen aber die Absichten und die Bereitschaft aller Beteiligten, sich zu einer gemeinsamen Lösung durchzuringen.

9. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtrat Andreas Balg, FDP: Auch das geht entsprechend kurz. Eine Rückmeldung ist mir sehr wichtig. Sie haben alle die Arbeit zum Geschäftsbericht 2016 gelobt und insbesondere Mischa Vonlanthen erwähnt. Das entspricht zwar auch unseren Erfahrungen, dass Mischa Vonlanthen eine sehr gute Arbeit macht, aber er ist nur der Projektleiter. Der Geschäftsbericht wird von der ganzen Verwaltung erstellt, das sind wahrscheinlich 80 % der Mitarbeiter, die hier einen Beitrag liefern dürfen oder müssen. Letztendlich gebührt allen der Dank.

Dann haben Sie weitere Mitteilungen erhalten und darauf möchte ich noch einmal hinweisen. Einerseits ist das der Infoabend Mobilität und ÖV von morgen, diese Informationsveranstaltung findet am 4. Juli hier im Seeparksaal um 19 Uhr statt. Ich bin überzeugt, dass die Vertreter, nämlich Patrick Nussbaum, der ein Kurzreferat hält, Walter Schwizer, Leiter Postauto Ostschweiz, Werner Müller und fürs Podium auch ich Garant sind für eine spannende Information, insbesondere auch deswegen, weil wir auf die gezielten Themen von Arbon eingehen werden.

Einmal mehr zur regelmässigen Frage, wie es weitergeht im Gestaltungsprojekt Altstadt. Da haben Sie auch eine Medienmitteilung erhalten. Die nächste Informationsveranstaltung im Herbst soll dann Konkretes zeigen, wie die Gestaltung aussieht.

10. Verabschiedung

Roman Buff, CVP/EVP

Arturo Testa, CVP/EVP: Am 8. Juni 2017 haben wir ein Mail von Roman Buff erhalten mit der Anfangszeile „Zum letzten Mal lade ich euch zur nächsten Fraktionssitzung ein“. Dies gab uns nun die Gewissheit, ein Politurgestein verlässt unser Parlament. Seine ruhige Art, auch heikle und emotionale Geschäfte auf den Punkt zu bringen, werden wir in der Fraktion sicher vermissen. Die Lücke, die er hinterlässt, sowohl im Parlament wie auch in der Fraktion wird sicher nicht so leicht zu füllen sein. Für seine Nachfolgerin wird dies nicht immer einfach werden. Ich verzichte hier bewusst auf Aufzählungen seiner politischen Aktivitäten. Die würde wahrscheinlich den doch jetzt schon späten Zeitrahmen sprengen. Einige Anwesende hier kennen ihn schon länger als ich, sei es aus diversen Kommissionen, in denen er vertreten war, oder von zahlreichen Parlamentssitzungen. Doch in den kurzen Jahren lernte ich ihn und sein politisches Engagement zu schätzen. Lieber Roman, du hast von uns als Fraktion das Abonnement des Nebelspalters bekommen. Somit kannst du weiterhin die Politik in etwas anderer Form weiterverfolgen. Ich denke, ich spreche hier nicht nur im Namen der Fraktion, sondern auch für das Parlament. Wir wünschen dir alles Gute im Politruhestand und freuen uns auf ein Wiedersehen in Arbon oder spätestens am Fraktionsausflug. Wir danken dir für deinen Einsatz zum Wohle von Arbon. Danke und geniesse nun das kommende Däumchendrehen.

Präsident Luzi Schmid, CVP/EVP: Darf ich dich bitten Roman Buff, nach vorne zu kommen, wie das üblich ist, um das Geschenk zu erhalten? Nadja Holenstein wird dir die Blumen überreichen. Aus Erfahrung in der Fraktion weiss ich, es stimmt, was Arturo Testa gesagt hat, er war immer sehr dossiersicher und somit sehr gut vorbereitet. Er hat auch immer schlanke, elegante, praktikable Lösungen gesucht und angestrebt. Was ihm immer widerlich war, waren lange, wiederholende Referate oder Ausführungen. Besten Dank Roman Buff.

Wir sind nun am Ziel. Die Interpellation „Beihilfe zum Suizid“ wird mit drei Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Noch ein Schlusswort vor den Sommerferien, die wir uns verdient haben: Es war heute eine untypisch hektische, zum Teil anfeindende Parlamentssitzung und ich hoffe deshalb, dass wir uns nachher im Restaurant Seestube treffen, um die Wogen wieder ein bisschen zu glätten. Das gehört dazu. Es gehören im Parlament auch mal kräftige, knackige Worte dazu, aber nachher soll man sich wieder aussöhnen. Das gehört für Arbon, das gehört für unser Parlament. Schöne Sommerferien, besten Dank, die Sitzung ist beendet.

Ende der Sitzung um 22.25 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Luzi Schmid

Nadja Holenstein